



Evidenzbasierte wissenschaftliche Politikberatung

Evidenzbasierte Politikberatung ist kein neues Konzept, sondern hat über die Jahrhunderte in vielen Ländern der Welt zumindest zeitweise Eingang in die Regierungsgeschäfte gefunden. Ihre Rolle ist aber weder stabil noch bleibt sie unbestritten. Sie muss sich im komplexen politischen Prozess immer wieder bewähren und durchsetzen. Denn auch Erfolg hat ihren Dauereinsatz nicht sichern können. Dies lässt sich zum Beispiel unschwer in der deutschen Arbeitsmarktpolitik feststellen, die derzeit die evidenzorientierte Ausrichtung zugunsten politikgenehmer Orientierungen wieder verlassen hat.

Erfolgreiche Politikberatung durch die unabhängige Wissenschaft ist auf angemessene Rahmenbedingungen angewiesen. Sie erfordert einen offenen Datenzugang, eine international wettbewerbsfähige wissenschaftliche Sachkompetenz und die Dialogbereitschaft der Politik. Der Ansatz unterstellt, dass es wohl definierte und transparente Ziele der Gesellschaft gibt, die mit einem geeigneten Mitteleinsatz zum Nutzen aller effizient erreicht werden können – und sollen. Notwendig ist ein nachhaltiger Politikansatz, dem zumindest eine mittelfristige Strategie zu Grunde liegt.

Praktische Politik folgt allerdings Tagesnotwendigkeiten und bedingt typischerweise ein zähes Ringen um Kompromisse, da es in aller Regel um einen Interessensausgleich geht, bei dem Verteilungsfragen involviert sind. Dabei sind die unmittelbar daran mitwirkenden Politikberater in ihrer Rolle meistens keine Wissenschaftler. Denn selbst wenn sie aus einer universitären Karriere kommen oder eine akademische Position temporär verlassen haben, wie das etwa beim amerikanischen Sachverständigenrat üblich ist, sind sie dennoch Teil des politischen Systems. Aus der Rolle des

Politikberaters, bei allen Kompetenzen und Leistungen, erwächst nicht automatisch eine Einstufung als Wissenschaftler.

Wissenschaftliche Politikberater publizieren in Fachzeitschriften

Selbstverständlich können nur Wissenschaftler eine *wissenschaftliche* Politikberatung durchführen. Wissenschaftler sind Personen, die selbst bei der wissenschaftlichen Evidenzgewinnung mitwirken. Typischerweise geschieht dies durch das Verfassen von Fachartikeln in akademischen Fachzeitschriften. Politikberater, die nicht in dieser Form wissenschaftlich publizieren, können nicht als wissenschaftliche Politikberater gelten.

Unter wissenschaftlicher Evidenz sind rigorose Darstellungen statistisch belegter Ergebnisse zu verstehen. Es sind Analysen, die darlegen, was nach den Standards des Faches an Politikmaßnahmen zufriedenstellend funktioniert – oder auch nicht funktioniert. In der Praxis steht jedoch die politikgetriebene Schaffung von Evidenz („policy-oriented evidence making“) der unabhängigen Bereitstellung von Evidenz („evidence-based policy making“) gegenüber. Der Übergang von „policy-oriented evidence making“ zu „evidence-based policy making“ ist dabei oft schwierig. Auftragsforschung, bei der Evidenz erst durch die Nachfrage der Politik entsteht, ist nicht grundsätz-



» In dieser Ausgabe

ILLEGALE MIGRATION

Eine im Journal of Population Economics erscheinende Studie stellt neue Forschungsansätze zur illegalen Immigration in die USA vor. [Seite 4](#)

ANNUAL MIGRATION MEETING

Trends der weltweiten Wanderungsbewegungen analysierte die IZA-Jahreskonferenz zur Migrationsökonomie. [Seite 5](#)

ENTWICKLUNG UND BESCHÄFTIGUNG

IZA und Weltbank richteten ihre jährliche Fachkonferenz zu Arbeitsmärkten in Entwicklungsländern aus. [Seite 7](#)

EUROPÄISCHE ARBEITSMÄRKTE

Im Auftrag der Europäischen Kommission führen das IZA und seine Partner ein Forschungsprojekt zur Zukunft der EU-Arbeitsmärkte durch. [Seite 9](#)

UNTERNEHMERTUM

Ein IZA-Workshop beleuchtete die Erfolgsfaktoren von Existenzgründungen und Unternehmertum. [Seite 12](#)

DIASPORAS IN EUROPA

Eine Studie von IZA und RAND Europe für die EU-Kommission analysiert die Dimension und Charakteristika von Diasporas in Europa. [Seite 14](#)

CHINESISCHE ARBEITSMÄRKTE

Die rasanten Veränderungen der chinesischen Arbeitsmärkte waren Gegenstand des 6. IZA/CIER-Workshops. [Seite 15](#)

IZA-INTERVIEW

Martin Kahanec fordert eine bessere Integration der Roma und Sinti in der Europäischen Union. [Seite 18](#)

MEINUNG

Klaus F. Zimmermann kritisiert die Evidenz ignorierende deutsche Familienpolitik. [Seite 20](#)

lich fragwürdig. Entscheidend sind vielmehr die Unabhängigkeit der Beratung, die Verfolgung strikter wissenschaftlicher Ethikregeln und Standards sowie die Organisation durch wissenschaftliche Konkurrenz und rigorose Begutachtung, durch die die Belastbarkeit der Ergebnisse gestärkt und gesichert wird.

Das Verhältnis von Politik und wissenschaftlicher Beratung ist nicht spannungsfrei: Forscher haben gelegentlich den Eindruck, dass ihre Erkenntnisse ignoriert oder sogar missbraucht werden. Umgekehrt halten Politikentscheider wissenschaftliche Ratschläge häufig für realitätsfremd, oder sie kommen für ihre zeitgetriebenen Maßnahmen zu spät. Dennoch gibt es die verbreitete Ansicht, dass wissenschaftliche Politikberatung mit-helfen kann, durch bessere Entscheidungen größere gesellschaftliche Wohlfahrt zu erreichen. In Deutschland hat etwa die *Leopoldina* als Nationale Akademie der Wissenschaften – eine der ältesten Einrichtungen dieser Art in der Welt – einen zentralen Auftrag zur unabhängigen Politikberatung, der von der Relevanz dieser Ansicht zeugt.

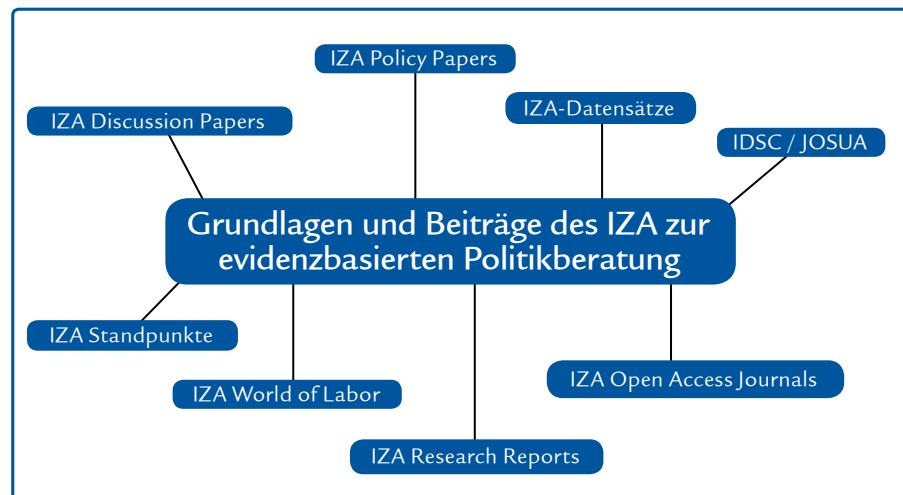
Bei der Bereitstellung von wissenschaftlicher Evidenz stellen sich dem Wissenschaftler viele Herausforderungen:

- Was Wissenschaftler erforscht haben, ist meistens nicht direkt für Politiker interessant oder verwendbar.
- Evidenzbildung braucht Zeit, gute Wissenschaftler und unabhängige Forschung.
- Forscher, die Wissenschaftler sein wollen, müssen ihre Ergebnisse in Fachzeitschriften publizieren, sich so dem Wettbewerb und der Kontrolle stellen, sowie hohe Qualitätsstandards adaptieren. Auch das kostet Zeit.
- „Policy-based evidence making“ auf Basis von Auftragsforschung kann zur Produktion von Ergebnissen nach den Wünschen oder Vorgaben der Politik führen. Damit würde aber die Evidenz mit einiger Wahrscheinlichkeit verzerrt.
- Es stellt sich oft die Frage, ob die für eine Analyse benötigten Daten gut genug bzw. (rechtzeitig) zugänglich sind.
- Es ist oft auch fraglich, ob die verfügbaren Methoden im Einzelfall ausreichen, um Kausalität und die Wirksamkeit von Politikmaßnahmen zufriedenstellend aufzudecken. Zu selten wird die Notwendigkeit einer unabhängigen, wissenschaftlichen Evaluation bereits bei der Einführung einer Politikmaßnahme berücksichtigt.

Die Qualität der evidenzbasierten Politikberatung wird durch den Datenzugang bestimmt

Entscheidend für jede Evidenzgenerierung ist der Datenzugang. Geeignete Daten zur Beantwortung einer politischen Fragestellung sind häufig nicht vorhanden und

Von der Vision eines „virtuellen Besuchsprogramms für Forschungsdatenzentren“ sind wir aber noch weit entfernt. Hier brauchen wir wesentliche Fortschritte mit größerem Tempo, auch um den steigenden Anforderungen der Politikpraxis und den Qualitätsstandards der Forschung gerecht zu werden.



müssen erst produziert werden. Und selbst wenn sie bereits vorhanden sind, ist der Zugang zu ihnen oft langwierig, weil insbesondere bei amtlichen Daten zunächst hohe rechtliche Zugangsschranken überwunden werden müssen. So wird der Prozess der wissenschaftlichen Politikberatung erheblich erschwert und verlangsamt. Ein kritischer Punkt ist in diesem Zusammenhang der Wunsch nach Vorratsdatenspeicherung: Während dies gesellschaftlich äußerst umstritten ist, will der wissenschaftliche Politikberater geeignete Daten schon nutzen können (z.B. als Scientific Use File), wenn ihn die Beratungsanfrage der Politik erreicht – oder zumindest einen unmittelbaren, vereinbarten elektronischen Zugriff auf sie haben.

Die weltweit entstandenen Forschungsdatenzentren haben große Fortschritte gebracht; sie erleichtern den Zugang zu sensiblen Daten erheblich. Allerdings sind die Möglichkeiten des Ferndatenzugriffs immer noch sehr begrenzt. Die Vision ist, dass Fachwissenschaftler unter erheblich vereinfachten Voraussetzungen online und an dem von ihnen gewählten Arbeitsplatz mit vertraulichen Schlüsseldatensätzen arbeiten können. Computersoftware, wie sie vom IZA über sein Datenservicezentrum IDSC und mit dem ausgereiften, alle Datenschutzbestimmungen berücksichtigenden Fernrecheninstrument *JOSUA* zur Verfügung gestellt wird, ermöglicht das bereits unter überprüften Rahmenbedingungen etwa beim Forschungsdatenzentrum des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) in Nürnberg.

Voraussetzungen guten wissenschaftlichen Arbeitens für die Politikberatung

Der Wissenschaftsbetrieb hat typischerweise die Politikberatung nicht unmittelbar im Blick. Die Evidenz in Form der vorgelegten Forschungsergebnisse genügt deshalb meistens den Verwertungsansprüchen der Politikberatung nicht. Befunde müssen häufig erst „übersetzt“ und „transparent“ gemacht werden. Dazu müssen die wissenschaftlichen Studien bestimmten Ansprüchen genügen, die – gemessen an der üblichen Praxis in Forschungsartikeln – nicht selbstverständlich sind:

- Die Befunde müssen statistische Tests enthalten, die eine Bewertung zulassen, ob und warum Politikaktionen wirksam und effektiv sind.
- Die kontrafaktische Analyse muss im Mittelpunkt stehen: Was wäre ohne Politikhandeln im Vergleich passiert? Diese nicht triviale Aufgabe erfordert die Kenntnis der Verhaltensreaktionen von Kontrollgruppen, die von der jeweiligen politischen Maßnahme nicht betroffen sind.
- Es ist nötig, Wirkungen geeignet zu quantifizieren, etwa durch Elastizitäten, um die betrachteten Größenordnungen bewertbar und vergleichbar zu machen.
- Es müssen neben den direkten auch die indirekten Effekte von Maßnahmen, die Nebenwirkungen, geprüft werden.
- Selektionsprobleme und andere Ursachen für statistische Verzerrungen in

den Analysen müssen aufgedeckt und kontrolliert werden.

- Sensitivitätstests müssen durchgeführt werden und die Ergebnisse müssen replizierbar sein.
- Sprachlich sollten die Studien so aufbereitet sein, dass sie zumindest für eine breite interessierte Fachöffentlichkeit verständlich sind.

Das IZA verfügt über diverse Produkte und Formate, mit denen es die Grundlagen seiner unabhängigen Beratungsaktivitäten schafft und konkrete wissenschaftliche Politikberatung leistet. Zu nennen sind hier neben verschiedenen zielgruppengerechten Schriftenreihen und Fachzeitschriften unter anderem der IZA-Evaluationsdatensatz, der amtliche und eigene Befragungsdaten zu einer besonders ergiebigen Datenquelle kombiniert, aber auch das ehrgeizige Projekt der IZA World of Labor, das sich explizit als unabhängiger Dienstleister eines „evidence-based policy making“ versteht, das objektives Wissen zu zentralen Arbeitsmarktfragen in einem praxisgerechten Format bündelt und daraus schlüssige Politikempfehlungen ableitet (siehe IZA Compact Mai 2014).

Die Politikgestaltung folgt eigenen Regeln

Wissenschaftliche Politikberater müssen im Blick behalten: Bei der Politik geht es um die Wahrnehmung von Interessen und den Interessensausgleich. Im Vordergrund stehen also Verteilung und Umverteilung. Effizienz, also Wohlfahrtssteigerung durch die Vermehrung des Güterberges, beim Einsatz ökonomischer Ressourcen hat einen weit geringeren Stellenwert. Politik ignoriert dabei gern ökonomische Restriktionen, obwohl dies auf Dauer nicht möglich ist und sogar kontraproduktiv zur geplanten Maßnahme wirken kann.

Politik ist das Gestalten von Kompromissen. Politische Fortschritte haben deshalb oft auch Rückschritte mit im Gepäck. Die Durchsetzung einer „guten“ Regelung erfordert meistens auch die Akzeptanz einer zu ihrer Durchsetzung nötigen „schlechten“ Maßnahme. Häufig wissen auch Entscheidungsträger nicht genau, was eingegangene Kompromisse an Nebenwirkungen mit sich bringen.

Politiker sind nicht nur „Überzeugungstäter“, sie agieren auch in eigener Sache. Nur wenige sind immer mit rationalen Argumenten erreichbar. Die Bereitschaft, das politische Überleben an eine Sachfrage zu knüpfen, findet sich selten. Politik hat die schwierige Aufgabe, Meinungen zu kanalisieren und mehrheitsfähig zu machen; einen Trend frühzeitig zu erkennen, um sich dann an dessen Spitze zu setzen.

Aktive Politik agiert dabei kurzfristig und in Schüben. Die nächste Wahl ist stets im Blickfeld, aktive Handlungen sind häufig nur im ersten Amtsjahr möglich, wenn die Entscheidungen getroffen werden. Im zweiten Jahr werden sie umgesetzt, im dritten beworben, und im vierten geht es in den nächsten Wahlkampf. Langfristige Herausforderungen werden allzu oft erst angegangen, wenn sie unvermeidlich und zu einem kurzfristigen Problem geworden sind.

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten: Evidenzbasierte Politikberatung, die langfris-

„Evidenzbasierte Politikberatung kennt keine Ideologien und hat keine Glaubensbekenntnisse. Nur so kann der Politiker die ihm anvertrauten Präferenzen seiner Wähler erfolgreich umsetzen.“



Klaus F. Zimmermann
(IZA und Universität Bonn)

tig, nachhaltig, transparent und auf Effizienzsteigerung aus ist, liegt nicht direkt im Interesse der praktischen Politik. Ihre Adaption und Umsetzung sind deshalb nicht selbstverständlich. Es ist verständlich, dass auf ihre Empfehlungen vor allem in wirtschaftlichen Notlagen zurückgegriffen wird.

Evidenzbasierte wissenschaftliche Politikberatung sollte deshalb dem alten Pfadfinderprinzip folgen: *Allzeit bereit!* Das bedeutet, dass langfristig für den Augenblick geforscht werden muss, in dem das Thema politisch „reif“ ist. Die Chance, ein Thema für den politischen Prozess „reif“ zu forschen ist eher gering.

Hilfreicher ist schon die ständige Bereitschaft, in den Medien über zentrale empirische Evidenz zu reden. Indirekte Politikberatung über die Presse ist häufig wirkungsvoller, da sie so das Umfeld der Politikentscheider erreicht und dann gewissermaßen durch die Hintertür in den Gestaltungsprozess der Politik eintritt.

Politik ist ein Experiment mit der Wahrheit

Das Politikumfeld muss beratungsfreundlich bzw. beratungsoffen sein. Ohne diese Grundvoraussetzung ist evidenzbasierte Politikberatung von vornherein zum Scheitern verurteilt und verliert ihre Akteure. Das erfordert gesetzliche Regelungen und geeignete Institutionen. So sollte die unabhängige wissenschaftliche Evaluation von Politikmaßnahmen vor ihrer Einführung genauso grundsätzlich gesetzlich vorgeschrieben sein wie die regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit bereits eingeführter Maßnahmen. Das bedeutet, dass neue Politikin-

itiativen in geeigneten Felduntersuchungen zunächst erprobt und erst dann für einen explizit befristeten Zeitraum flächendeckend eingeführt werden sollten. Die rechtlichen Voraussetzungen für die Vorratsdatenspeicherung für Forschungszwecke auch für Sozialdaten sollten geschaffen werden.

Politik ist ein Experiment mit der Wahrheit. Die Wirkung von Maßnahmen muss deshalb evaluiert werden, so dass ihr Einsatz über die Zeit hinweg korrigiert oder eingestellt werden kann, etwa wenn sie sich nicht als erfolgreich oder – am Erfolg gemessen – als zu teuer erweisen.

Man kann natürlich argumentieren, dass eng angelegte evidenzbasierte Politikanalysen inhärent unfähig sind, komplexe, inhaltsabhängige und wertgeladene Fragestellungen anzugehen, wie sie von divers agierenden Individuen, politischen Parteien und Interessengruppen verhandelt werden. Das mag zutreffen – sollte aber umgekehrt auch nicht der Anspruch evidenzbasierter Politikberatung sein. Denn entweder sollte sich der wissenschaftliche Berater aus der detaillierten Gestaltung praktischer Politik heraushalten oder den Mantel des Wissenschaftlers an der Garderobe der Gesellschaftspolitik abgeben.

Der wissenschaftliche Berater muss nicht an der Gestaltung der Politik mitwirken: Zwar sind interne Berater, die unmittelbar Teil des politischen Systems sind, aus Sicht der Politik effektiver. Aber dadurch wird der Berater zum Akteur. Wissenschaftliche Beratung muss von außen kommen, sonst verliert sie ihre Unabhängigkeit. Wissenschaftler können natürlich interne Berater oder gar Politiker werden. Dann sind sie aber keine *wissenschaftlichen* Berater mehr.

Evidenzbasierte wissenschaftliche Politikberatung dient der Herausarbeitung von Optionen für Politiker, die jedoch letztlich ihre eigenen Entscheidungen treffen müssen. Der wissenschaftliche Berater kann Politikern diese Bürde nicht abnehmen – und sollte dies auch nicht zum eigenen Anspruch erheben.

Der empirisch belegte Mainstream einer Disziplin muss die Politikberatung beherrschen. Das widerspricht zwar dem wissenschaftlichen Wettbewerb und den Unterhaltungswünschen der Medienlandschaft. Denn jeder ehrgeizige Wissenschaftler ist geneigt, den Mainstream kritisch abzulehnen und seine eigene Blickrichtung zu propagieren. Medien und Politik wollen ausgewogen, ja sogar „politisch korrekt“ sein. Marginale Positionen und Ergebnisse erhalten deshalb häufig zu viel Raum in der öffentlichen Wahrnehmung. Ausgewogenheit sollte aber keine Maxime einer evidenzbasierten wissenschaftlichen

Politikberatung sein. Eine These kann nur schlechter oder besser belegt sein.

Was wissenschaftlich als empirisch belegt gilt, kann nicht durch Einzelmeinungen oder Glaubensbekenntnisse jeder Richtung ausgehebelt werden. Es lässt sich nur durch wissenschaftlichen Fortschritt widerlegen.

Die Rolle von Transparenz und Ethik

Evidenzbasierte wissenschaftliche Politikberatung basiert auf einer angemessenen fachlichen Analyse, die den Standards der Disziplin genügt. Die Berater müssen Wissenschaftler sein, d.h. sie müssen ihre Analysen in Fachzeitschriften publizieren. Nur dies sichert den engen Kontakt zum Stand der Forschung. Die Beratung muss nicht nur selbst unabhängig sein, sie muss auch auf vorheriger unabhängiger Forschung beruhen.

Datenquellen müssen angemessen dokumentiert und allgemein zugänglich sein, damit die aus ihnen abgeleiteten Befunde reproduzierbar und überprüfbar sind. Das Replizieren von empirischen Ergebnissen darf nicht als wissenschaftlich minderwertig angesehen werden. Der gegenwärtige Zustand eines eingeschränkten Zugangs der Forschung zu zentralen Daten ist wissenschaftlich gesehen nicht akzeptabel und widerspricht dem Anspruch an den Ethos der Wissenschaft. Ebenso wenig ist die Praxis akzeptabel, dass für die Forschung genutzte amtliche Daten zu einem bestimmten Zeitpunkt zu löschen sind. So wird die Möglichkeit von späteren Überprüfungen etwa anhand neu entwickelter Methoden zerstört.

Transparenz muss auch gelten im Hinblick auf etwaige Interessenkonflikte des Wissenschaftlers als Politikberater. Alle tatsächlichen und potenziell relevanten Konflikte müssen vollständig offengelegt werden. Es ist allerdings nicht immer klar, ab wann ein Interessenkonflikt potenziell oder tatsächlich auftritt und von welcher Art er ist. Es gibt nicht nur finanzielle, sondern auch politische und religiöse Gründe für wissenschaftliche Interessenkonflikte. Unter dem Eindruck der Finanzkrise ist unser Blick für finanzielle Interessenkonflikte zuletzt geschärft worden, doch die anderen genannten Gründe sind mindestens ebenso wichtig.

Tatsächliche Interessenkonflikte sind für jeden Wissenschaftler ein Problem, der einen Anspruch auf unabhängige Forschung erhebt. Der Verzicht auf beratende Aktivitäten zur Vermeidung solcher Kollisionen, die die Unabhängigkeit und Seriosität in Zweifel ziehen, ist dann nur konsequent. Potenzielle Interessenkonflikte sind hingegen als solche nicht unmittelbar ein Problem. Sie werden sich in der Praxis kaum vermeiden lassen und vergleichsweise häufig auftreten. Es ist ihre angemessene Transparenz, die mit klaren Regeln sicherzustellen nötig ist.

Die Selbstverpflichtung der unabhängigen Forschung auf solche Prinzipien der wissenschaftlichen Integrität, wie sie sich zum Beispiel das IZA und sein Netzwerk mit den „*IZA Guiding Principles of Research Integrity*“ gegeben haben, ist die unverzichtbare Richtschnur für ihre Rolle als ebenso unabhängige politikberatende Instanz. Es bleibt angesichts der vielen drängenden Zukunftsaufgaben auf den Gebieten von Demografie und Familie, Alterssicherung, Gesundheit und sozi-

aler Gerechtigkeit, Umwelt und Energie, Verkehr und Infrastruktur zu hoffen, dass sich die Politik in Deutschland künftig wieder stärker auf eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der unabhängigen Wissenschaft einlässt und sich deren kritischen und objektiven Evaluation stellt.

Dieser Beitrag basiert auf:

Klaus F. Zimmermann

Evidenzbasierte wissenschaftliche Politikberatung, IZA Standpunkte Nr. 74, 2014.

► <http://ftp.iza.org/sp74.pdf>

Weiterführende Literatur

Klaus F. Zimmermann

Evidenzbasierte Politikberatung

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2011: 23-33

Klaus F. Zimmermann

Der Berater als Störenfried: Anmerkungen zur wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung

Wirtschaftsdienst, 2008, 2: 101-107

Klaus F. Zimmermann

Advising Policymakers Through the Media

Journal of Economic Education, 2004, 35(4): 395-405

Patrick Arni, Marco Caliendo, Steffen Künn, Klaus F. Zimmermann

The IZA Evaluation Dataset Survey: A Scientific Use File

IZA Journal of European Labor Studies, 2014, 3:6

Rolf Ketzler, Klaus F. Zimmermann

A Citation-Analysis of Economic Research Institutes

Scientometrics, 2013, 95(3): 1095-1112

IZA World of Labor.

Neues Online-Kompodium bietet Entscheidungshilfen für die internationale Arbeitsmarktpolitik
IZA Compact Mai 2014

Neue Ansätze zur empirischen Analyse illegaler Migration Journal of Population Economics veröffentlicht innovative Studie

Illegale und undokumentierte Zuwanderung stellt die Zielländer dieser Migranten vor kein geringes Problem. Sie entlarvt aus Sicht der öffentlichen Meinung Defizite der nationalen Politik im Hinblick auf Grenzsicherung und legale Zuwanderungsmöglichkeiten und gefährdet oftmals die Akzeptanz von aktiv selektierender Migrationspolitik. Auch die ökonomische Forschung steht bei der Analyse der Folgen illegaler Migration vor einigen Herausforderungen, angefangen von der Abschätzung der Zahl illegaler Einreisen und undokumentierter Aufenthalte, bis hin zur Identifizierung ihrer persönlichen Eigenschaften, die erst eine Bewertung möglicher ökonomischer Effekte gestattet.

Aus welchen Regionen stammen illegale Migranten überwiegend? Trifft die Annahme zu, dass sie überwiegend männlich und jüngeren Alters sind und allein, ohne Familie zuwandern? Welches Bildungs- und Ausbildungsniveau bringen sie mit? Welche Rolle spielen sie auf den Arbeitsmärkten im Vergleich zu legalen Zuwanderern mit vergleichbaren Charakteristika? Antworten auf diese Fragen sind wichtig zum besseren Verständnis der Motivation zu illegaler Migration und erleichtern sinnvolle Politikmaßnahmen sowohl zur Legalisierung als auch zur Vermeidung weiterer illegaler Migrationsströme.

Verfügbare repräsentative Datensätze liefern naturgemäß keinen Aufschluss über

Quantität und Qualität illegaler Migration, denn diesbezügliche Fragen im Rahmen amtlicher Datenerhebungen würden von den Befragten kaum wahrheitsgemäß beantwortet, so dass auch die Verlässlichkeit ihrer Antworten auf andere Fragen beeinträchtigt wäre. Erforderlich sind alternative Strategien, die dazu beitragen, mit hoher Wahrscheinlichkeit illegale Zuwanderer in den bestehenden Datensätzen zu identifizieren, um dann auch ihre Charakteristika empirisch analysieren zu können.

Dieser Herausforderung stellt sich eine Studie von *Vincenzo Caponi* (CREST-Ensaï, Ryerson University und IZA) und *Miana Plesca* (University of Guelph). Der Artikel

wurde zunächst als IZA Discussion Paper veröffentlicht und erscheint jetzt im Journal of Population Economics. Am Beispiel der illegalen Migration in die USA demonstrieren die Autoren den hohen Nutzen eines innovativen Forschungsansatzes. Auf der Basis zweier landesweit erhobener Datensätze (American Community Survey/ACS, New Immigrant Survey/NIS) berechnen sie anhand der statistisch erfassten Charakteristika der befragten Zuwanderer die Wahrscheinlichkeit eines illegalen oder legalen Aufenthaltsstatus. Während der NIS-Datensatz ausschließlich permanente Zuwanderer mit legalem Status erfasst, werden im ACS-Survey Daten unabhängig vom rechtlichen Status gesammelt. Ein Abgleich dieser beiden Datensätze erlaubt mit einiger Wahrscheinlichkeit die Identifikation illegaler Migranten im größeren ACS-Survey.

Basierend auf diesem statistischen Abgleich analysiert die Studie in einem weiteren Untersuchungsschritt, welche individuellen Charakteristika mit größerer Wahrscheinlichkeit zu illegaler Einwanderung führen. Demnach sind in der Tat männliche Zuwanderer eher illegal eingewandert. Ebenso bestätigt sich die Annahme, dass familiäre Bindungen im Herkunftsland von illegaler Migration abhalten. Ein höheres Lebensalter und bessere Qualifikation setzen die Wahrscheinlichkeit eines illegalen Status im Zielland weiter herab. Räumliche Nähe, wie im Falle illegaler mexikanischer Zuwanderung in die USA, sorgt hingegen für einen größeren Anreiz, das Risiko illegaler Einreise auf sich zu nehmen.

Wie schlagen sich illegale Migranten auf dem Arbeitsmarkt? Diesen Aspekt analysieren die Autoren, indem sie die Einkommen von legalen und – vermutlich – illegalen Zuwanderern mit gleichem Qualifikationsniveau vergleichen. Für die USA zeigt sich hier, dass illegale Zuwanderer qualifikationsübergreifend einen durchschnittlichen Lohnnachteil von über 50 Prozent hinnehmen müssen, wobei illegale männlichen Geschlechts noch stärker benachteiligt sind als Frauen. Sehr geringe Qualifikationen gehen dabei mit einem überdurchschnittlichen Lohnnachteil einher, der sich in mittleren Qualifikationssegmenten reduziert, im Bereich höherer Qualifikation dann aber wieder verschärft.

Auffällig, jedoch nicht überraschend ist die Konzentration von illegalen Beschäftigten in den Wirtschaftssektoren Landwirtschaft und Bauindustrie, etwas abgeschwächt aber auch in den Bereichen Freizeit und Unterhaltung. Dagegen sind in den USA im Gesundheitssektor und Einzelhandel den Analysen zufolge vorwiegend legale Immigranten tätig. Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit von illegalen und legalen Zuwanderern bestätigt sich die naheliegende Annahme, dass illegale Migranten seltener arbeitslos sind, weil sie keinen Anspruch auf Sozialtransfers haben und folglich auch schlecht bezahlte Arbeitsangebote annehmen oder in den Nischen der Schwarzarbeit tätig sind.

Die analysierten Daten liefern darüber hinaus auch Erkenntnisse zur Geburtenhäufigkeit in Abhängigkeit vom Bildungsstand und

rechtlichen Status der Mütter. Anders als im Falle legalen Aufenthalts ist die Geburtenhäufigkeit bei Müttern mit illegalem Aufenthalt offenbar höher, wobei insbesondere auffällt, dass der ansonsten für Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen geltende Zusammenhang zwischen hohem Bildungsstand und geringerer Kinderzahl für zugewanderte Frauen anscheinend nicht zutrifft.

Die Autoren liefern der weiteren Forschung mit ihrem innovativen Ansatz und den bereit gestellten Wahrscheinlichkeitskoeffizienten wertvolle Anstöße. Die ermittelten Wahrscheinlichkeiten können auch auf vergleichbare internationale Datensätze angewendet werden. Ebenso ist es möglich, den Forschungsansatz etwa zur Messung der Beiträge von illegalen Immigranten zu Wachstum, Produktivität und sozialen Sicherungssystemen zu nutzen, die intergenerationale Mobilität von Illegalen zu ermitteln oder ihren Zugang zu Bildungsangeboten zu analysieren.

Das Journal of Population Economics stellt die Studie derzeit im Volltext zum kostenlosen Download bereit:

► dx.doi.org/10.1007/s00148-014-0524-x

Vincenzo Caponi, Miana Plesca
Empirical characteristics of legal and illegal immigrants in the USA
Journal of Population Economics
27, 4 (2014), S. 923–960
ISSN: 0933-1433
www.popecon.org



Flaggschiff der Migrationsforschung

11. Annual Migration Meeting in Bonn

Bereits ins zweite Jahrzehnt seines Bestehens ging vom 30. Mai bis 1. Juni 2014 das IZA Annual Migration Meeting (AM²). Das Veranstaltungsfahrgeschiff des IZA-Forschungsbereichs Migration brachte einmal mehr Experten aus aller Welt zusammen, um die neuesten Forschungserkenntnisse innerhalb dieser auch politisch hochaktuellen Disziplin zu diskutieren. Das von IZA-Programmdirektorin *Amelie F. Constant* (George Washington University und Temple University) und *Costanza Biavaschi* (stellvertretende IZA-Programmdirektorin) zusammengestellte, breit gefächerte Themenspektrum deckte Bildungseffekte von Wanderungsbewegungen, die ökonomischen Folgen von kultureller Vielfalt und Selbstselektionsmechanismen unter Mig-

rationswilligen ebenso ab wie genderspezifische Wanderungsentscheidungen, Netzwerkeffekte und (wirtschafts-)politische Herausforderungen für Herkunfts- und Zielländer. Darüber hinaus wurden auch Aspekte von gewaltbedingter Migration und Deportation erörtert. Die vorgestellten 18 Studien wurden aus einer neuen Rekordzahl von insgesamt 124 eingereichten Bewerbungen ausgewählt.

Als Mitbegründerin der erfolgreichen Veranstaltungsreihe führte Amelie F. Constant in die Thematik ein. Unter Vorsitz von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn) war der erste Themenschwerpunkt den Wanderungsentscheidungen von Frauen gewidmet. *Panu Pout-*

vaara (Ludwig-Maximilians-Universität München und IZA) zeigte, dass im Falle von Doppelverdienern die Wanderungsentscheidung von ihrem Bildungsstand und der familiären Konstellation abhängt. Dänische Daten verdeutlichen die deutlich stärker ausgeprägte Wanderungsbereitschaft höher gebildeter Paare, die jedoch im Falle von Familien mit Kindern sehr stark nachlässt. Zugleich weisen besser ausgebildete Auswanderer eine deutlich größere Wahrscheinlichkeit auf, zu einem späteren Zeitpunkt in ihr Heimatland zurückzukehren. Aus einer Auswertung von US-Zensusdaten der Jahre 1980 bis 2000 folgerte *Delia Furtado* (University of Connecticut und IZA), dass Zuwanderung die Geburtenraten in den USA positiv be-

einflusst habe, da hoch gebildete Frauen Einwanderer verstärkt zur Kinderbetreuung einstellen. Zu einem vergleichbaren Ergebnis gelangte auch *Agnese Romiti* (IAB Nürnberg). Ihren auf Umfrageergebnissen gründenden Analysen zufolge verlängerte sich die Lebensarbeitszeit italienischer Mütter aufgrund der steigenden Anzahl von Immigranten, die in der Kinderbetreuung angestellt sind.

Inwieweit Schulbildung als möglicher Katalysator von Migration wirkt, untersuchten *Chunbing Xing* (Beijing Normal University und IZA) und *Martina Viarengo* (Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung, Genf und IZA). Xing setzte sich mit dem gravierenden Problem der stark schrumpfenden Zahl von Grundschulen im ländlichen China auseinander. Dieser Mangel begründet einen großen Teil der (unfreiwilligen) Bin-

bemerkenswert hohes Maß an firmenübergreifender Mobilität auf, das mit der Einkommensverteilung und dem Konjunkturzyklus variiert. Rückkehrmigration aus diesem Personenkreis stellt auch eine Reaktion auf Veränderungen in der US-Arbeitslosenquote dar. Die Entwicklung der Forschungszusammenarbeit zwischen chinesischen und amerikanischen Wissenschaftlern beleuchtete *Wei Huang* (Harvard University). Seine Analysen verdeutlichen, dass sich die Kooperation in den letzten Jahren – bedingt nicht zuletzt durch den Einfluss der Migration chinesischer Forscher in die USA – wesentlich intensiviert hat.

Migration ist ein weites Feld für die politische Gestaltung und Steuerung im Rahmen von Wanderungs(fehl)anreizen und Integrationsangeboten. Die Resultate und Handlungsempfehlungen der inter-

Unter Berücksichtigung von sozio-ökonomischen, demographischen, politischen, und institutionellen Faktoren konnte sie nachweisen, dass Migration ungünstige Effekte auf die politische Beteiligung der Migranten sowohl in der Herkunfts- wie auch in der Zielregion hatte.

Andreas Kuhn (Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung und IZA) analysierte die Zuwanderungspolitik der Schweiz zwischen 1970 und 2010. Er zeigte auf, welchen Einfluss Vorbehalte der Schweizer mit Blick auf die ethnisch-kulturelle Komposition von Zuwandererkohorten auf das Wahlverhalten und damit auf die Gestaltung der Migrations- und Integrationspolitik nahmen. Den Untersuchungen von *Duygu Guner* (KU Leuven) folgend spielen Religiosität und gesellschaftlich-kulturelle Gegebenheiten in der Herkunftsregion eine erhebliche Rolle hinsichtlich der Arbeitsmarktbeteiligung



nenmigration in die urbanen Zentren Chinas, da Eltern ihren Lebensmittelpunkt dorthin verlagern, wo sie die bestmögliche Bildung für ihre Kinder erwarten. Martina Viarengo illustrierte am Beispiel historischer Daten zur Immigration und Rückkehrmigration in die USA deren Einfluss auf die Einführung der Schulpflicht.

Das Migrationsverhalten von Hochqualifizierten steht in einem engen Zusammenhang mit Unterschieden in der staatlichen Einkommensbesteuerung und den Perspektiven für Firmengründungen und Innovationen. *Daniel Wilson* (Federal Reserve Bank of San Francisco) zeigte am Beispiel der USA, dass die Auswanderungsentscheidung von Spitzenforschern stark von steuerlichen Überlegungen beeinflusst wird; besonders empfindlich reagieren solche Fachkräfte auf die Schwankungen des amerikanischen Grenzsteuersatzes für hohe Einkommen. Nach Einschätzung von *Briggs Depew* (Louisiana State University) weisen immigrierte hochqualifizierte Arbeitskräfte (H1 B-Visa) in den USA ein

nationalen Migrationsforschung können der Politik dabei als wertvolle Entscheidungsgrundlage dienen. *Alicia Adsera* (Princeton University und IZA) illustrierte den fundamentalen Einfluss gesetzgeberischer Aktivitäten der Zielländer im Hinblick auf Zuwanderungsmöglichkeiten, Rechtsstatus von Migranten und Zugang zu Sozialtransfers auf die Intensität der Migration und die Charakteristika der Zuwanderer. Die ökonomischen Auswirkungen der demographischen Alterung unter Berücksichtigung von Migrationseffekten untersuchte *Mehmet S. Tosun* (University of Nevada, Reno und IZA). Seine Analysen zeigen, dass die Fiskalpolitik solche Migrationseffekte stärker berücksichtigen muss. Während die entwickelten Weltregionen eindeutig von Zuwanderung profitieren, werden ihre positiven Wachstumseffekte durch Einschränkungen der politischen Partizipation von Zuwanderern tendenziell gedämpft. *Aysit Tansel* (Middle East Technical University und IZA) studierte den Einfluss von Binnenmobilität in der Türkei auf die Parlamentswahlen von 2011.

weiblicher Zuwanderer. Daten zur Binnenmigration in der Türkei lassen den Schluss zu, dass traditionell höhere Beschäftigungsquoten von Frauen in der jeweiligen Heimatregion die Arbeitsmarktpartizipation türkischer Binnenmigrantinnen positiv beeinflusst, während ausgeprägte Religiosität eine gegenteilige Wirkung hat.

Wie die internationale Migrationsforschung in zahlreichen Untersuchungen wiederholt hat zeigen können, nehmen ethnische und kulturelle Netzwerkstrukturen ebenso wie die Selbstselektion von Zuwanderern entsprechend ihren Charakteristika und subjektiven Präferenzen einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die weltweite Arbeitsmigration. *Benjamin Elsner* (IZA) betrachtete in einer aufschlussreichen Studie die Auswirkungen der Selbstselektion von Auswanderern auf das Pro-Kopf-BIP des Herkunfts- und Ziellandes. Anhand von zwei historischen Beispielen von Masseneinwanderung in die USA – der starke Zuzug aus Norwegen in den 1880er Jahren und die Migrantenströme aus Mexiko in den 2000er

Jahren – konnte er nachweisen, dass die Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der USA in beiden Fällen gering waren. Demgegenüber trug die negative Selektion überwiegend geringer qualifizierter Emigranten in Mexiko dort zu einem nennenswerten Anstieg des Pro-Kopf-BIP bei, während die emigrierenden Norweger das durchschnittliche Qualifikationsniveau des Landes zu dieser Zeit repräsentierten und deshalb mit ihrer Auswanderung dort nur zu einer geringen Reduzierung des Pro-Kopf-BIP beitrugen. Elsner ergänzte seine Betrachtungen durch innovative kontrafaktische Analysen, um den aus seiner Sicht eher geringen Einfluss von staatlich organisierten Selektionsmechanismen auf den gesamtwirtschaftlichen Effekt von Arbeitsmigration zu illustrieren.

Migration geht häufig einher mit zeitweisen familiären Trennungen, oft auch verursacht durch restriktive gesetzliche Bestimmungen des Ziellandes zum Familiennachzug oder zur Aufenthaltsbeendigung. Dass dies auch zu einem Anstieg illegaler Zuwanderung führen kann, veranschaulichte *Catalina Amuedo-Dorantes* (San Diego State University und IZA) am Beispiel der USA, wo ihren Untersuchungen zufolge die steigende Wahrscheinlichkeit illegaler Rückkehrversuche ausgewiesener Elternteile zur Familie in einem ursächlichen Zusammenhang zu einer strengeren Ausweisungspraxis der Behörden steht. *Shoshana Neuman* (Bar-Ilan University und IZA) betrachtete den selbst eingeschätzten Gesundheitsstatus (SAHS) älterer Immigranten in Europa. Offenbar empfinden Migranten in den ersten Jahren nach der Wanderung einen verbesserten Gesundheitszustand, der im Durchschnitt über dem Niveau bei Einheimischen liegt. Im weiteren Verlauf nimmt diese Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit jedoch vergleichsweise deutlicher ab, was nicht allein auf altersbedingte Veränderungen zurückzuführen ist, sondern auch durch die subjektive Einschätzung der familiären

und gesellschaftlichen Entwicklung im Herkunfts- und Zielland beeinflusst wird.

Höhepunkt eines jeden Annual Migration Meetings ist die „Julian Simon Lecture“ in Erinnerung an einen der bedeutendsten Pioniere der ökonomischen Migrationsforschung. IZA-Preisträgerin *Francine D. Blau* (Cornell University und IZA) beleuchtete die Wechselwirkungen zwischen tradierten Geschlechterrollen in den Herkunftsländern von Migranten und dem Rollenverhalten von Zuwanderern der zweiten Generation in den USA. Blau zufolge beeinflusst das im Herkunftsland etablierte Rollenverständnis zwar generationsübergreifend das Verhalten von Migrantinnen; zugleich treten jedoch mit zunehmender Lebenszeit in den USA immer deutlichere Assimilationseffekte hinsichtlich Geburtenhäufigkeit und Arbeitsmarktpartizipation auf. Dazu tragen auch eintretende gesellschaftliche Veränderungen in den Herkunftsländern bei.

Über das eigentliche Veranstaltungsprogramm hinaus bot der Gastaufenthalt von *Lawrence M. Kahn* (Cornell University und IZA) im Rahmen des IZA-Forschungsseminarprogramms die willkommene Gelegenheit, mit ihm über seine aktuelle Analysen zu den Lohnvorteilen dauerhaft beschäftigter Einheimischer und Migranten im Vergleich zu befristet Beschäftigten zu diskutieren. Kahn zeigte anhand von Daten zu 13 europäischen Ländern, dass diese Einkommensvorteile für männliche Migranten aus Nicht-EU-Staaten höher ausfallen und Männer gegenüber Frauen mit Blick auf die Lohnvorteile generell im Vorteil sind.

- ▶ www.iza.org/conference_files/amm2014
- ▶ wol.iza.org/subject-areas/migration
- ▶ wol.iza.org/articles/do-immigrant-workers-depress-the-wages-of-native-workers
- ▶ wol.iza.org/articles/do-migrants-take-the-jobs-of-native-workers

Leseempfehlung: Immigration Economics

Das weltweite Wanderungsgeschehen gewinnt kontinuierlich an Dimension. Daraus ergeben sich drängende Gestaltungsfragen für die Politik und umfassende Forschungsthemen für die Wissenschaft. Die Migrationsforschung, wie sie intensiv durch das IZA und sein globales Forschungsnetzwerk betrieben wird, hat sich zu einem besonders dynamischen Schwerpunkt der Arbeits- und Bevölkerungsökonomie entwickelt.

IZA-Preisträger *George J. Borjas* (Harvard University) legt mit seinem neuen Buch „Immigration Economics“ ein wegweisendes Standardwerk vor. Borjas stellt Theorien, Modelle und ökonometrische Methoden der Forschung ebenso kenntnisreich dar wie er empirische Aspekte der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern diskutiert.

„Das Buch überzeugt mit seiner profunden Sachkenntnis, Ausgewogenheit und klaren Sprache – ein Klassiker schon heute!“ *Amelie F. Constant*

George J. Borjas
Immigration Economics

Harvard University Press 2014,
296 Seiten
ISBN: 978 0 67 404977 2



Produktive Beschäftigung durch Qualifikation stärken

9. IZA/Weltbank-Konferenz zu Arbeitsmärkten in Entwicklungsländern

Seit 2006 bringt das IZA in enger Zusammenarbeit mit der Weltbank politische Entscheidungsträger und Wissenschaftler zu einer jährlichen Expertenkonferenz zusammen, um aktuelle Arbeitsmarktprobleme in Entwicklungsländern zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Mehr als 150 Teilnehmer nahmen vom 24. bis 26. Juni in Lima (Peru) an der neunten IZA/Weltbank-Konferenz zum Schwerpunktthema „Kompe-

tenzen für produktive Beschäftigung“ teil. An der Organisation und Durchführung waren auch die Inter-American Development Bank und die Universidad del Pacifico beteiligt.

Investitionen in eine hochwertige Bildung und die Förderung von qualifikationsgerechter Beschäftigung gehören zu den wichtigsten treibenden Kräften für eine zukunftsfähige Entwicklung. Globalisierung,

technologischer Wandel und hohe Jugendarbeitslosigkeit erfordern dabei Anpassungsleistungen hinsichtlich der erforderlichen Qualifikationen. Allerdings ist bislang noch zu wenig darüber bekannt, in welchem Umfang sich neu erworbene Kompetenzen auf den Arbeitsmärkten von Entwicklungsländern auszahlen und welche Komplementaritäten es zwischen verschiedenen Qualifikations- und Ausbildungsformen gibt.



Die wissenschaftliche Auswertung von Programmen zur Förderung des Qualifikationserwerbs in Entwicklungs- und Schwellenländern liefert deshalb wertvollen Aufschluss über die erfolgversprechendsten Wege zu produktiverer Beschäftigung. Daher sind die Lehren, die aus der Einführung solcher Programme in Entwicklungs- und Schwellenländern gezogen werden können, besonders wichtig für ein besseres Verständnis der Rolle von Kompetenzen und ihrem Einsatz zur Förderung von produktiver Beschäftigung.

Gary Fields (Cornell University und IZA) betonte in seinem Keynote-Vortrag, dass bessere Bildung und Ausbildung entscheidend zur Stärkung der Arbeitsmärkte in Entwicklungsländern beitragen und eine nachhaltige Entwicklung begünstigen könnten. Bildungsinvestitionen rentierten sich in Form von zusätzlichen regulären Arbeitsplätzen und besseren Einkommen aus abhängiger und selbstständiger Beschäftigung. Dies gelte allerdings nur unter der Voraussetzung des „richtigen“ Kompetenzerwerbs. Obwohl ein Zugewinn an Qualifikation für den Einzelnen zu besseren Aussichten auf dem Arbeitsmarkt führe, sei der gesamtwirtschaftliche Effekt nicht zwangsläufig ähnlich positiv, wenn zugleich Arbeitslosigkeit aufgrund eines Missverhältnisses zwischen geforderten und vorhandenen Qualifikationen bestehe. Dementsprechend sind nach Einschätzung von Fields Bildungsinvestitionen vor allem in Zeiten von Fachkräftemangel vordringlich. Dabei müsse nicht allein der Staat agieren. Einer der effektivsten Wege, um diese Investition voranzutreiben, bestehe darin, den Arbeitgebern zu überlassen, für welche Arbeitsstellen

sie berufliche Weiterbildung anbieten, da sie ihren eigenen Bedarf am besten einschätzen können. Anhand von Resultaten der neueren Evaluationsforschung zeigte Fields Zusammenhänge zwischen Kompetenzaufbau und Erwerbseinkommen auf: Beispielsweise führe die vorherige Vermittlung grundlegender Kompetenzen – etwa zum Aufbau eines Geschäfts, zur Kreditbeantragung und zum Umgang mit neuen Technologien – zu einer signifikanten Verbesserung der Einkünfte von Kleinunternehmern. Fields regte einen institutionalisierten Erfahrungsaustausch zwischen den Entwicklungsländern an, um Fehlinvestitionen knapper Ressourcen vorzubeugen.

In der zweiten Keynote-Ansprache thematisierte *Hugo Hopenhayn* (University of California, Los Angeles) die Ursachen des teils hohen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsabstands zwischen einzelnen Staaten und führte diesen vor allem auf die verbreitete Fehlallokation von Ressourcen auf Firmenebene zurück. Die Politik nehme vielfach durch hohe Marktzugangskosten und Kreditbeschränkungen einen zu negativen Einfluss auf die Produktivität von Entwicklungsländern.

Carmen Pagès (IDB und IZA) und *Lucia Madrigal* (IDB) stellten den New Longitudinal Survey on Social Protection (LSPS) vor. Ziel dieser aufwendigen Erhebung von Panel-Daten ist es, Informationen über Beschäftigung, Beiträge zur Sozialversicherung und den Zugang zu Gesundheitsleistungen, sozialen Programmen und Bildung in fünf lateinamerikanischen Staaten (El Salvador, Kolumbien, Ecuador, Paraguay und Uruguay) zu sammeln. Das LSPS kann auf eine Vielfalt von Themen angewandt werden, zum Beispiel auf Dynamiken des Arbeitsmarktes, Auswirkungen des Arbeitsmarktes auf die sozialen Sicherungssysteme oder die Beurteilung von politischen Maßnahmen. Jenseits der reinen Datenerhebung soll ein Informationszentrum geschaffen werden, um politische Maßnahmen und Entscheidungen in der Region durch eine objektive Beobachtungsstelle zur sozialen Sicherung zu unterstützen.

An einem hochrangigen Politikforum nahmen auch peruanische Politikvertreter und

Experten der IZA World of Labor teil. IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* (Universität Bonn) stellte zu Beginn IZA World of Labor als die künftige ultimative Ressource für eine evidenzbasierte Gestaltung der internationalen Arbeitsmarktpolitik vor. Mit einem eigenen Schwerpunkt zu Beschäftigung und Entwicklung leiste IZA World of Labor einen wertvollen Beitrag zur Politikberatung in Fragen der Entwicklungszusammenarbeit.

Der peruanische Bildungsminister *Jaime Saavedra* erläuterte das Konzept, das Peru hinsichtlich der Verbesserung der Bildungsqualität verfolge. Edgar Quispe, stellvertretender Arbeitsminister Perus, umriss die Wachstumsperspektiven Perus und die Planungen der Arbeitsmarktpolitik seines Landes. Moderiert von *Gustavo Yamada* (Dekan der Wirtschaftsfakultät an der Universidad del Pacifico), diskutierten Saavedra, Quispe, Zimmermann und *Stefano Scarpetta* (OECD und IZA) die Zukunftsperspektiven des peruanischen Arbeitsmarkts und Bildungssektors. Um schnell auf eintretende Veränderungen reagieren zu können und die Dynamik bei Bildungsabschlüssen, hochqualifizierter Beschäftigung und Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden, müsse nicht nur die Qualität der Hochschulbildung weiter verbessert und international vernetzt, sondern auch das Bewusstsein für die Notwendigkeit von lebenslangem Lernen und der Bereich der beruflichen Weiterbildung gestärkt werden. Die IZA World of Labor-Experten *David Robalino* (Weltbank und IZA) und *Nuria Rodriguez-Planas* (Queens College, CUNY und IZA) stellten die Situation in Peru in einen vergleichenden internationalen Zusammenhang.

Die zentralen Fachbeiträge der IZA/Weltbank-Konferenz stehen auf der IZA-Homepage zum kostenlosen Download bereit. IZA World of Labor bietet in seinen Themenschwerpunkten „Development“ und „Education and human capital“ zahlreiche Artikel zum Konferenzthema an.

- ▶ www.iza.org/link/worldb2014
- ▶ wol.iza.org/subject-areas/development
- ▶ wol.iza.org/subject-areas/education-and-human-capital



Gary Fields

Die europäische Arbeitswelt im Wandel

Internationales Forschungsprojekt „NEUJOBS“ im Auftrag der EU-Kommission

Die europäische Bevölkerung altert, die Geburtenraten bleiben nicht nur in Deutschland, aber vor allem hier, historisch niedrig. Familienstrukturen verändern sich weiter, da Frauen vermehrt in die Erwerbstätigkeit drängen. Menschen wandern aus ländlichen Gebieten in die urbanen Räume. Wie wird dieser Wandel die europäischen Arbeitsmärkte der Zukunft prägen? In Zusammenarbeit mit mehreren Forschungsinstituten und Universitäten aus ganz Europa analysiert das IZA diese drängende Fragestellung im Rahmen des gemeinsamen Forschungsprojekts „NEUJOBS“, das von der Europäischen Kommission (7. EU-Forschungsrahmenprogramm) finanziert wird.

Organisiert von den IZA-Wissenschaftlern *Karina Doorley* und *Sebastian Sieglach*, fand im April 2014 in Bonn die zweite Konferenz zur Bestandsaufnahme der laufenden Forschungsarbeiten statt. Insgesamt 70 Experten aus allen Schwerpunktthemen des Projekts diskutierten die zentralen Trends der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und ihre Auswirkungen auf die Arbeitswelt nach 2025.

Die deutliche Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen ist zweifellos ein prägendes Element der sich wandelnden Arbeitslandschaft in Europa. Gemeint ist damit nicht nur der statistische Zuwachs als solcher, sondern auch der markante Einfluss, den diese Entwicklung auf die Arbeitsmärkte insgesamt nimmt und künftig noch stärker nehmen wird. Darauf wiesen *Piotr Lewandowski* und *Iga Magda* (beide Institute for Structural Research/IBS, Warschau) hin. Das moderne weibliche Rollenverständnis, erweiterte Angebote zur außerhäuslichen Kinderbetreuung, flexiblere Arbeitsformen und Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten, aber auch politische Regelungen zur Vermeidung von Vorruhestand und zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit sind die treibenden

Kräfte eines Trends, mit dem ein Teil der aufgrund demographischer Schrumpfungsprozesse rückläufigen Arbeitskräftepotenziale zunächst ausgeglichen werden kann. *Iga Magda* betonte vor allem die Bedeutung flexibler Arbeitsformen für eine der durchweg hohen Qualifikation von Frauen entsprechenden Erwerbsbeteiligung, während *Michaela Gstrein* (Institut für Höhere Studien/IHS, Wien) die wachsende Nachfrage nach zeitlich flexibler Kinderbetreuung thematisierte, die einen Beschäftigungszuwachs in diesem Segment schaffen werde.

Neben einer gestiegenen Nachfrage nach Kinderbetreuungsangeboten wird die demographische Alterung in Europa zugleich den Bedarf nach altersgerechter Betreuung für Senioren erhöhen. *Johannes Geyer* und *Erika Schulz* (beide DIW Berlin) zeigten anhand der Länderbeispiele Dänemark, Deutschland, Italien, Polen und Slowakei, dass dieser Bedarf wahrscheinlich das Pflegeangebot weit übersteigen wird. Dieses Ungleichgewicht wird den gegenwärtigen Personalmangel in der Kranken- und Altenpflege noch weiter verschärfen und macht daher politische Lösungen und personalbindende, motivationsfördernde Strategien dringend erforderlich.

Attila Bartha (Central European University, Budapest) untersuchte, ob ein Teil des aufgrund der kontinuierlich ansteigenden Lebenserwartung wachsenden Bedarfs an Arbeitskräften im Pflegesektor durch die Einwanderung von Fachkräften aufgefangen werden kann. Seine Einschätzung fiel eher pessimistisch aus: Die gegenwärtig praktizierten nationalen Zuwanderungspolitiken ignorieren noch zu oft die gestiegene Nachfrage, statt durch gezielte Anwerbung dem einsetzenden Fachkräftemangel im Pflegesektor entgegenzuwirken.

Um die Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften aus Ländern außerhalb

der Union voranzutreiben, hat die EU die europäische „Blue Card“ eingeführt. *Katarina Eisele* (Center for European Policy Studies/CEPS, Brüssel) analysierte die Attraktivität der Karte anhand der aktuellen europäischen Wanderungsstatistik. Sie kritisierte, dass die Initiative aufgrund der zu großen einzelstaatlichen Regelungsspielräume lediglich Mindeststandards für die Einreise von Fachpersonal geschaffen, das eigentliche Ziel einer europaweiten Vereinheitlichung der Zuwanderungs- und Binnenmigrationsbestimmungen für diese Zielgruppe jedoch verfehlt habe.

Allerdings gehen die Implikationen des demographischen Wandels über einen gestiegenen Bedarf an Betreuungskräften für Kinder und Alte hinaus. So werden sich Arbeitgeber auf ältere Belegschaften einstellen müssen. *Kene Henkens* und *Harry Van Dalen* (beide Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute/NIDI, Den Haag) untersuchten die Auswirkungen der gesellschaftlichen Alterung auf die Personalpolitik der Unternehmen. Sie belegten, dass viele Arbeitgeber ungeachtet der öffentlichen Diskussion über die Folgen des demographischen Wandels noch keine angemessenen Weiterbildungsstrategien anbieten, die die Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz im fortgeschrittenen Alter fördern. *Claudia Villosio* (Collegio Carlo Alberto, Turin) zeigte den hohen Nutzen von Strategien zur Ermöglichung eines lebenslangen Lernens im Betrieb auf. Ihren Analysen zufolge resultiert die Teilnahme an kontinuierlichen Weiterbildungsmaßnahmen in einer markanten Verbesserung der Leistung im Alter, die die Löhne von Mitarbeitern ab 50 Jahren um bis zu 6,5 Prozent steigern kann.

Eine weitere Begleiterscheinung der gesellschaftlichen Alterung ist ein Wandel des Konsumverhaltens, auf das sich Wirtschaft und Gesellschaft werden einstellen müssen.



Marek Radvansky (Slovak Academy of Sciences, Bratislava) wies nach, dass Senioren in Staaten mit höherem Durchschnittseinkommen relativ (aber auch absolut) mehr Geld für Freizeitaktivitäten, Restaurantbesuche und Transportmittel ausgeben, also neben dem Pflegesektor auch diese Branchen von den Alterungsprozessen profitieren werden.

Von der Arbeitskräftemobilität – sowohl innerhalb eines Landes als auch zwischen verschiedenen Staaten – wird abhängen, ob angesichts knapper werdender Fachkräfte noch eine ökonomisch effiziente Ressourcenallokation erreicht werden kann oder aber auch künftig hohe Arbeitslosigkeit in der einen Region einem geräumten Arbeitsmarkt mit ungedeckter Arbeitskräftenachfrage an anderem Ort gegenüberstehen wird. Diesbezüglich überprüften *Kees Dol* (Delft University of Technology) und *Nick Horsewood* (University of Birmingham), die allgemein bekannte Hypothese, dass der Besitz von – noch nicht abbezahlten – Immobilien die Mobilität von Arbeitskräften bremst. Während Ansätze zur unmittelbaren Überwindung dieser Mobilitätsbarriere nur schwer zum Erfolg führen dürften, sehen die Experten im technologischen Fortschritt erhebliche Chancen, die räumliche Immobilität durch virtuelle Mobilität in ihren Negativwirkungen zu dämpfen.

Neben Alterung, längerer, aber flexiblerer Lebensarbeitszeit und intensiverer Migration werden die Arbeitsmärkte Europas in

Zukunft auch stark von der unausweichlichen Energiewende – weg von fossilen Brennstoffen, hin zu erneuerbaren Energien – sowie durch die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur geprägt sein. *Arno Behrens* und *Caroline Coulie* (beide CEPS, Brüssel) gingen der Frage nach, wie sich ein solcher Wandel auf die Beschäftigung im europäischen Energiesektor auswirken wird. Ihre Ergebnisse zeigen, dass der Wandel des Energiesektors nicht nur mehr Arbeitsplätze schaffen wird, sondern die neu entstehenden Arbeitsplätze im Vergleich zu gegenwärtigen Standards des Sektors auch höhere Qualifikationen voraussetzen. Veränderungen der Energieressourcen werden sich zudem auch auf das Verkehrswesen der Städte auswirken. *Rodric Frederix* und *Christophe Heyndrickx* (beide Transport & Mobility Leuven) begutachteten in ihren Studien, welche politischen Maßnahmen am effektivsten dem steigenden Bedarf an Transportmöglichkeiten in wachsenden urbanen Räumen entgegenwirken können. Die erfolgversprechendsten Strategien scheinen demnach Verbesserungen im Radwegenetz und im öffentlichen Nahverkehr sowie weitere Anreize zu energieeffizienterem Verhalten zu sein.

Im Rahmen des NEUJOBS-Projekts wird außerdem ein besonderer Fokus auf die Situation der Sinti und Roma innerhalb der EU gelegt. *Martin Kahanec* (Central European University und IZA) und *Vera Messing* (Central European University) analysierten den aktuellen Stand der Erwerbssituation

von Sinti und Roma. Nur etwa 20 bis 45 Prozent der Sinti und Roma befinden sich derzeit in einem regulären Arbeitsverhältnis. Die wesentlichen Gründe für diesen extrem niedrigen Anteil an formeller Beschäftigung sind Bildungsmängel, regionale Nachteile und ethnische Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. In einem Feldexperiment prüfte *Lucia Mytna Kureková* (Slovak Governance Institute, Bratislava) Maßnahmen, mit denen die Beschäftigung von Sinti und Roma gefördert werden kann. Ihrer Studie zufolge erhalten Sinti und Roma die wirksamste Hilfe von lokalen Sozialarbeitern, die ihnen Hinweise für die Jobsuche und Ratschläge in rechtlichen Fragen geben. Noch fehlt es den Arbeitsämtern an dem strategischen Wissen, wie sie Sinti und Roma am besten zu einer Arbeitsstelle verhelfen. Für die Zukunft der europäischen Arbeitsmärkte stellt die angemessene ökonomische und soziale Integration dieser und anderer ethnischer Minderheiten eine große Herausforderung dar.

Duncan Campbell (International Labour Organization und IZA) verwies in seiner Keynote-Rede auf die Vordringlichkeit von Maßnahmen zur Bekämpfung der eklatant hohen Jugendarbeitslosigkeit und der wachsenden Einkommensungleichheit in vielen Teilen Europas. Führten politische Maßnahmen hier nicht zum Erfolg, drohe den betroffenen europäischen Arbeitsmärkten dauerhafte Instabilität.

► www.neujobs.eu

Folgen individuellen Risikoverhaltens für Wirtschaft und Gesellschaft

6. IZA-Jahreskonferenz

Im kolumbianischen Medellín fand vom 5. bis 8. Mai 2014 die bereits 6. IZA-Jahreskonferenz zur Ökonomie von riskanten Verhaltensweisen statt. Diese auf Initiative von IZA-Programmdirektorin *Amelie F. Constant* (George Washington University und Temple University) und *Erdal Tekin* (Georgia

State University und IZA) geschaffene Veranstaltungsreihe richtet ihr Augenmerk auf bislang von der Forschung noch nicht intensiv genug analysierte Fragen der Folgen menschlichen Risikoverhaltens für Wirtschaft und Gesellschaft. In diesem Jahr wurde die Tagung von der Andrew Young

School of Policy Studies und dem Center for the Economic Analysis of Risk (Georgia State University) sowie der Universidad EAFIT unterstützt und versammelte fast 50 Experten aus aller Welt. Aus rund 100 Bewerbungen wurden 19 Präsentationen ausgewählt. Zu Beginn sprach neben den



Organisatoren Constant und Tekin auch der Direktor des Zentrums für Wirtschaftsforschung an der Universität von Medellín und IZA Research Fellow *Gustavo Javier Canavire Bacarreza* zu den Konferenzteilnehmern. Auch der Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universidad EAFIT, *Juan Felipe Mejía Mejía*, nahm an der Konferenz teil.

In seiner Keynote Lecture referierte *Steven Raphael* (University of California, Berkeley und IZA) über die schon traditionell hohe Inhaftierungsrate in den USA, die im mehrjährigen Durchschnitt fast viermal höher ausfällt als in europäischen Ländern und vor allem seit den 1980er Jahren sprunghaft angestiegen ist. Fälle von Drogenkriminalität machen dabei den größten Teil der Verurteilungen aus und haben sich seit 1974 in ihrer Zahl verdoppelt. Letzlich sei der drastische Zuwachs in der Kriminalitätsstatistik der USA jedoch kaum auf ein erhöhtes Risikoverhalten, sondern primär auf eine verschärfte Inhaftierungs- und Verurteilungspraxis zurückzuführen.

Robert W. Fairlie (University of California, Santa Cruz und IZA) ermittelte die Auswirkungen von Computernutzung auf soziale Isolation und Cybermobbing bei Schulkindern in Kalifornien. Mithilfe eines Experiments fand er heraus, dass sich soziale Isolation nicht durch am Computer verbrachte Zeit vergrößert, sondern die soziale Vernetzung und Kommunikation über das Internet zunimmt. Im Anschluss ging *Nicholas Papageorge* (John Hopkins University) der Frage nach, ob eine positive gesundheitliche Entwicklung die Wahrscheinlichkeit beeinflussen kann, dass stark Drogen oder Alkohol konsumierende Frauen in den USA Opfer häuslicher Gewalt werden. Seinen Forschungsergebnissen zufolge nahm mit der medikamentösen Behandlung von chronisch kranken Frauen auch die häusliche Gewalt gegen sie ab, indem sie aufgrund eines verringerten Alkohol- oder Drogenkonsums besser in die Lage versetzt wurden, Gewaltsituationen vorzubeugen oder zu entgehen. *Giulia La Mattina* (University of South Florida) untersuchte auf der Grundlage von Daten aus den Jahren nach dem Völkermord in Ruanda Fälle von Gewalt in der Partnerschaft. Demnach wurden Frauen, die nach dem Völkermord geheiratet hatten, mit höherer Wahrscheinlichkeit Opfer von gewaltsamen Partnerschaftskonflikten.

Am Beispiel der subjektiven Wahrnehmungen, Zeit- und Risikopräferenzen von dänischen Kriminellen erprobte *Glenn Harrison* (Georgia State University, CEAR und IZA) neue methodische Ansätze der Verhaltensforschung, während *Darwin Cortes* (Rosario University) sich mit den steigenden inner-

städtischen Verbrechensraten in Kolumbien nach immensen Einkommenseinbußen infolge großer Betrugsfälle („Ponzi-Trick“) beschäftigte. Inwieweit sich der erleichterte Zugang zu Alkohol auf die Zahl der Verkehrsunfälle auswirkt, war Gegenstand der Präsentation von *Peter Siminski* (University of Wollongong und IZA). Basierend auf Daten für das australische South Wales ergab seine Studie, dass der dort legal erleichterte Zugang zu Alkohol keinen erkennbaren Einfluss auf die Zahl der Autounfälle hatte, wohl aber für eine stark gestiegene Zahl von Krankenhauseinweisungen aufgrund von Alkoholmissbrauch verantwortlich war. *Michael Frech* (University of Miami) studierte den Anstieg tödlicher Autounfälle während der Frühlingsemesterferien amerikanischer Studenten in den beliebtesten „Spring Break“-Destinationen, der sich auf ihr Reiseverhalten, nicht aber auf vermehrte Trunkenheitsfahrten zurückführen lässt.

Einen Einblick in die hohe Jugendkriminalitätsrate in den USA und Ansätze zur Bekämpfung dieses Problems in den US-Bundesstaaten bot *Benjamin Hansen* (University of Oregon). Die Strafverfolgung und Verurteilung von Minderjährigen unter 18 Jahren trage zwar zu einer Verringerung von Raubüberfällen und ähnlichen Delikten bei, berge jedoch kaum Abschreckungspotenzial für sexuelle Straftaten. *Ben Vollaard* (Tilburg University) stellte neue Forschungsergebnisse vor, denen zufolge bei Menschen, die lange Zeit im gleichen Wohnumfeld leben, das subjektiv wahrgenommene Kriminalitätsaufkommen in ihrem Wohngebiet zunimmt, ohne dass sich dies auch in der Kriminalitätsstatistik niederschlägt.

In einer innovativen Studie belegte *Benjamin Lessing* (University of Chicago), dass übliche Maßnahmen gegen vom Gefängnis aus weiter Straftaten oder gar ein kriminelles Imperium organisierende Häftlinge kontraproduktive Wirkung entfalten können. Haftverschärfung oder ähnliche Konsequenzen könnten in stärkeren Gruppeneffekten bei nicht inhaftierten Netzwerkmitgliedern resultieren und deren kriminelle Energie sogar noch verstärken. *Nadia Campaniello* (University of Essex) verwies auf deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern hinsichtlich krimineller Energie und Risikobereitschaft. So erzielten Frauen im Durchschnitt deutlich geringere „Einkünfte“ aus ihren Straftaten als Männer, da sie besonders gefährliche Verbrechen eher scheuten. Allerdings spiegelt sich dies nicht im Verhaftungsrisiko wieder, das für Frauen sogar höher ausfällt.

Gesundheitliche Risikofaktoren waren Gegenstand mehrerer Präsentationen. *Shoshana Neuman* (Bar-Ilan University und

IZA) zeigte mithilfe des ergiebigen SHARE-Datensatzes (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe) die länderspezifisch unterschiedlichen gesundheitlichen Risikofaktoren für die ältere Bevölkerung in Europa sowie den hohen Stellenwert und die Kosteneffizienz von Programmen zur Bekämpfung von Übergewicht, Alkohol- und Nikotinmissbrauch auf. Nach Einschätzung von *Robert Kaestner* (University of Illinois at Chicago) ist der Wirkstoff Statin, der häufig in Cholesterin senkenden Arzneimitteln enthalten ist, für messbare gesundheitliche Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen. So erhöhe sich durch die Einnahme des Stoffes die Wahrscheinlichkeit übergewichtig zu werden oder an zu hohem Blutdruck zu leiden. Eine gesunde, weniger risikoreiche Ernährung könne die Notwendigkeit der Einnahme von Statin vermeiden helfen.

Ein von *Hyuncheol Bryant Kim* (Cornell University) durchgeführtes Verhaltensexperiment lässt den Schluss zu, dass bessere Information über HIV-Erkrankungen und Schutzmaßnahmen sowie die Möglichkeit, einen Selbsttest daheim durchzuführen, der Verbreitung von HIV effektiv entgegenwirken können, indem riskantes Sexualverhalten verringert wird und die Häufigkeit von Tests zunimmt.

Die Auswirkungen des von 2002 bis 2007 dauernden Bürgerkriegs in der Elfenbeinküste auf die Gesundheit von Kindern untersuchte *Olga Shemyakina* (Georgia Institute of Technology), indem sie Daten aus der Zeit vor, während und nach dem Konflikt auswertete. Sie bestätigte die auch für andere Bürgerkriegsgebiete vorliegenden Untersuchungsergebnisse zu einem dramatisch schlechteren Gesundheitszustand von Kindern in besonders von kriegerischen Konflikten heimgesuchten Regionen. Dies sei vor allem auf die schlechte Hygiene- und Versorgungslage, aber auch auf die allgemeine Zunahme von Gewaltbereitschaft gegen Kinder in Bürgerkriegskonstellationen zurückzuführen.

David Simon (University of Connecticut) studierte die gesundheitlichen Folgen einer frühen Belastung durch Zigarettenrauch und die Auswirkungen einer höheren Besteuerung von Zigaretten. US-amerikanische Daten zeigten, dass eine Erhöhung der Tabaksteuer um einen Dollar die Krankentage von Schülern um 10 Prozent reduziert und gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit eines Arztbesuchs in diesem Jahr statistisch signifikant gesenkt habe.

► www.iza.org/link/AMERB2014

Erfolgsfaktoren des Unternehmertums

5. IZA-Workshop zu Existenzgründungen

Die Bedeutung staatlicher Förderprogramme für Existenzgründungen und der Stellenwert des Unternehmertums innerhalb der Volkswirtschaft zählen zu den vom IZA intensiv vorangetriebenen Forschungsthemen. Gastgeber des 5. IZA-Workshops zu dieser Thematik war am 3. und 4. Juli 2014 die Universität Potsdam.

Nach einer kurzen Einführung durch die Veranstaltungsorganisatoren *Marco Caliendo* (Universität Potsdam und IZA) und *Alexander S. Kritik* (DIW Berlin, Universität Potsdam und IZA) startete der Workshop mit einer Präsentation von *Fabiano Schivardi* (LUISS Guido Carli University). Er ging der Frage nach, ob Unternehmer von anderen Existenzgründern lernen. Auf Basis eines umfangreichen italienischen Datensatzes zeigt er, dass Kinder, die in einer Provinz mit hoher Firmendichte aufwachsen, mit größerer Wahrscheinlichkeit auch eine unternehmerische Tätigkeit im späteren Leben anstreben. Gleichzeitig erzielen Personen, die in ihrer Jugend in solchen Regionen gelebt haben, durch ihre gegründeten Firmen häufiger ein höheres Einkommen und führen produktivere Unternehmen.

Andrea Bassanini (OECD und IZA) wendete sich späteren Stadien des unternehmerischen Lebens zu und stellte empirische Erkenntnisse zum Stellenabbau vor. Demnach finden in Unternehmen mit mehreren Niederlassungen betriebsbedingte Kündigungen häufiger in weiter entfernten Zweigstellen als in unmittelbarer Nähe bzw. am Hauptsitz des Unternehmens statt. Der Zusammenhang zwischen Entfernung und Entlassungen tritt noch stärker zutage, wenn das Unternehmen in der Region seiner Hauptniederlassung besonders positiv wahrgenommen wird. Dies lässt darauf schließen, dass neben betrieblichen Zwängen auch Reputationskalkül und der soziale Druck der lokalen Bevölkerung Einfluss auf die unternehmerische Entscheidung über einen regionalen Stellenabbau nimmt.

Niels Bosma (Utrecht University) analysierte mithilfe des Global Entrepreneurship Monitors (GEM), in welchem Umfang unternehmerisches Verhalten jenseits von Existenzgründungen auch bei Mitarbeitern etablierter Unternehmen im Sinne binnenunternehmerischer Eigenschaften („Intrapreneurship“) anzutreffen ist – ein von der Forschung bislang nur selten untersuchter Aspekt. In den meisten Industrienationen, so Bosmas auf-

schlussreiche Diagnose, seien solche Intrapreneure oder Binnenunternehmer in etwa genauso häufig verbreitet wie eigenständig operierende Unternehmer. Die jeweiligen Arbeitsmarktinstitutionen und das Ausmaß der Wertschätzung von Autonomie innerhalb einer Gesellschaft beeinflussten dabei die Verteilung von unternehmerisch denkenden und handelnden Menschen auf neue von ihnen selbst gegründete und auf etablierte Firmen.



Im Anschluss betrachtete *Nico Pestel* (IZA) die Auswirkungen eines unerwarteten Geldsegers auf das individuelle Arbeitskräfteangebot und die Bereitschaft, diese Mittel in die Selbständigkeit zu investieren. Tatsächlich zeigen seine Untersuchungen, dass eine überraschende Verbesserung der eigenen finanziellen Konstellation zu einer Steigerung des prozentualen Anteils von Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit führt. Pestel zufolge vergrößern Selbstständige im Zuge solcher Wohlstandsmehrungen ihre Unternehmen, stellen neues Personal ein und steigern insgesamt ihre betrieblichen Gewinne.

Eleanor Dillon (Arizona State University) stellte ein komplexes dynamisches Modell zur Abschätzung der finanziellen Vor- oder Nachteile des Schritts in die Selbständigkeit vor. Demnach verdienen Existenzgründer in den ersten Jahren der Selbständigkeit durchschnittlich ein Prozent weniger als vergleichbare Angestellte. Allerdings lieferte die getrennte Analyse von verschiedenen Typen von Unternehmern überraschende Einsichten: Während Arbeitnehmer, die die Selbständigkeit aus freien Stücken anstrebten, laut Dillons Resultaten im Durchschnitt fünf Prozent mehr verdienen als ihr Pendant auf Seite der Angestellten, fällt das

Einkommen von Personen, die aufgrund eines Negativerlebnisses auf dem Arbeitsmarkt in die Selbstständigkeit gedrängt wurden, um 13 Prozent niedriger aus. Auch *Sarada* (Duke University) widmete ihre Untersuchung den Einkünften aus unternehmerischer Tätigkeit. Dabei verfolgte sie einen anderen Ansatz, indem sie die Ausgaben und Investitionen von Existenzgründern innerhalb eines bestimmten Zeitraums als Grundlage für die Ermittlung der Gewinne aus Selbstständigkeit im Zeitverlauf heranzog. US-Längsschnittdaten aus fast vier Jahrzehnten (Panel Study of Income Dynamics 1968-2005) zeigen, so Sarada, dass viele Unternehmer angeben, im Vergleich zur Angestellten 25 Prozent weniger Einkünfte erzielt zu haben. Gleichzeitig tätigen sie aber gegenüber vergleichbaren Angestellten durchschnittlich um fast fünf Prozent mehr Konsumausgaben und weisen eine deutlich höhere Sparquote auf. Insofern sei zweifelhaft, dass Existenzgründer, wie häufig behauptet, weniger verdienen als Angestellte.

Evan Starrs (University of Michigan) überprüfte in seiner Studie, welche Auswirkungen die Geltendmachung von arbeitsvertraglichen oder anderen rechtlichen Bestimmungen zum Ausschluss von Wettbewerb zwischen dem ursprünglichen Arbeitgeber eines Existenzgründers und seiner eigenen neuen Firma auf das Überleben und die Leistungsstärke solcher Unternehmensabteiler („spin-out“) hat. Anhand von Daten zu Arbeitgebern und -nehmern in über 30 amerikanischen Bundesstaaten studierte er die Folgen solcher Wettbewerbsausschlussklauseln bzw. deren je nach Bundesstaat unterschiedlicher Durchsetzungspraxis vor Gericht. Demnach bringt ein Umfeld mit einer strengeren Durchsetzung von Wettbewerbsverboten weniger, aber dafür größere industriinterne Ableger hervor, die ihre Entstehungsjahre häufiger erfolgreich überstehen und schneller wachsen. Darüber hinaus entscheiden sich angesichts von strengeren Wettbewerbsverboten zumeist nur Gründer mit besseren Gründungskonzepten und Ressourcen dazu, diese sehr spezifischen Hürden zu nehmen, die mit solchen Regelungen verbunden sind.

In seiner kontrovers diskutierten Keynote Lecture thematisierte *David Story* (University of Sussex) die Schwankungsanfälligkeit neugegründeter Unternehmen und wählte dazu den Vergleich mit dem Glücksspiel. So würden (zu) viele Entscheidungen in Bezug auf

Unternehmertum ohne sorgfältige Planung, sondern stattdessen eher nach dem Versuchs- und Irrtumsverfahren ausprobierend und zufällig getroffen. Daher würde auch die Mehrzahl der Gründer nach drei bis fünf Jahren dem Unternehmertum wieder den Rücken kehren.

Siri Terjesen (Indiana University Bloomington) und *Niels Bosma* analysierten zu Beginn des zweiten Workshop-Tages, in welchem Ausmaß Existenzgründungschancen im Verlauf der jüngsten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise genutzt wurden. Daten zu über 13.000 Existenzgründern aus 63 Ländern lassen den Schluss zu, dass Gründungschancen in Rezessionsphasen vor allem dann erfolgreich genutzt werden können, wenn bei den Gründern bereits Vorerfahrungen hinsichtlich der Entwicklung von Produktinnovationen und Dienstleistungen vorhanden sind.

Eine eher langfristig orientierte Perspektive vertrat *Michael Fritsch* (Friedrich-Schiller-Universität Jena) in seiner Studie über die Auswirkungen regionaler Unternehmerkultur auf die ökonomische Entwicklung. Seine Arbeit basiert auf historischen deutschen Daten zur Selbstständigenquote als Indikator der regionalen Kultur des Unternehmertums und vergleicht diese Informationen mit dem Wirtschaftswachstum der letzten Jahre. Die Untersuchung ergab, dass deutsche Regionen mit einem hohen Maß an unternehmerischer Aktivität in der Mitte der 1920er Jahre noch 80 Jahre später eine höhere Unternehmensgründungsrate aufweisen. Zugleich hat dieser gewachsene unternehmerische Geist günstige Auswirkungen auf die jeweilige regionale Beschäftigungskonstellation und deren Wirtschaftswachstum.

Der These, der beste Existenzgründer sei der sprichwörtliche „Tausendsassa“, ein Generalist mit breiten Kenntnissen und Fähigkeiten, ging *Laura Rosendahl Huber* (University of Amsterdam) nach. Im Rahmen eines Feldexperiments prüfte sie, ob sich vielfältige Begabungen auch in einem Team von Un-

ternehmensgründern positiv auswirken. Dazu untersuchte sie Schülergruppen, die an einem Bildungsprogramm zum Thema Unternehmensgründungen teilnahmen und ihr eigenes „Start-up“ entwickeln sollten. Anhand von Informationen zu den mathematischen und sprachlichen Fähigkeiten der Schüler stellte sie vier verschiedene Arten von Startup-Teams zusammen: Mathematik- bzw. Sprachexperten jeweils unter sich, die beiden „Spezialisten“-Gruppen gemischt und schließlich eine Teamvariante bestehend aus „Generalisten“ – also aus Schülern, deren Rechen- und Sprachfertigkeiten gleichermaßen gut (oder schlecht) ausgeprägt waren. Im Ergebnis agierten die Teams mit den Generalisten am erfolgreichsten. Vor allem die Gruppen, in denen verschiedene Spezialisten aufeinander trafen, schnitten deutlich schlechter ab. Die ausgewogenen Begabungen einer einzelnen Person lassen sich demnach durch eine Kombination verschiedener Experten innerhalb eines Team schwer ersetzen.

Unterscheidet sich das Verhandlungsgeschick von Unternehmern und Nichtunternehmern? Diese Frage warf *Sabrina Artinger* (University of Oxford) in ihrer Präsentation auf. In mehreren Laborexperimenten verglich sie die Inhaber von kleinen und mittelständischen Unternehmen mit einer Gruppe von Angestellten. Dabei analysierte sie Verhandlungserfolge und Verhaltensdaten und konnte so zeigen, dass Unternehmer häufiger neben Argumenten auch Emotionen einsetzen, um ihre Gegenüber zu überzeugen. Ihr durchsetzungsstarkes, aber auch aggressiveres Vorgehen lässt weniger Vereinbarungen zustandekommen, führt jedoch zu höheren Profiten im Falle eines Vertragsabschlusses. Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass der strategische Einsatz von Emotionen eine entscheidende Rolle für das Verhandlungsgeschick von Unternehmern spielt, und dass diese in Verhandlungen höhere Risiken eingehen.

Der auf experimentelle Analysen konzentrierte Teil des Workshops fand seinen

Abschluss im Vortrag von *Katrin Burmeister-Lamp* (Erasmus University Rotterdam). Daten zu mehr als 150 Unternehmern lieferten ihr Aufschluss über den Einfluss von „psychological ownership“, Familienrückhalt und Stress aufgrund von beruflichen Hindernissen auf die Ausstiegsentscheidung von Unternehmern. Offenbar lassen familiäre Unterstützung und ausgeprägte Identifizierung mit der eigenen Firma den Stress als Ausstiegsmotiv zurücktreten und verringern die Wahrscheinlichkeit einer Geschäftsaufgabe.

Stefan Hochguertel (VU University Amsterdam) legte dar, wie die Arbeitslosenversicherung, die in manchen Ländern auch Selbstständigen offensteht, das Verhalten von Unternehmern in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit der Unternehmensgründung und ihre Leistungsfähigkeit beeinflusst. Mit den verwendeten Daten aus Dänemark konnte Hochguertel belegen, dass für nicht zugewanderte Unternehmer ein positiver kausaler Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Wahrscheinlichkeit besteht, ein Unternehmen zu gründen. Basierend auf Unternehmensdaten untersuchte er zudem, ob sich versicherte im Vergleich zu nicht arbeitslosenversicherten Existenzgründern am Markt erfolgreicher behaupten. Die Ergebnisse deuten an, dass die Unternehmen von versicherten Selbstständigen zwar länger Bestand haben, jedoch weder mehr Mitarbeiter einstellen noch höhere oder niedrigere Gewinne erzielen. *Anisa Shyti* (IE Business School, Madrid) untersuchte im letzten Vortrag den Einfluss der persönlichen Einstellung von Unternehmern und Nichtunternehmern zu Risiko und Unsicherheit auf unklare Entscheidungssituationen. Ihren Analysen zufolge zeigen Unternehmer im Vergleich zu Nichtunternehmern in Entscheidungssituationen eine höhere Risikotoleranz aber vor allem auch eine höhere Bereitschaft, Unsicherheit zu akzeptieren.

► www.iza.org/link/Entrepreneurship2014

Lohnrigiditäten und Konjunkturzyklus

IZA-Workshop

Ob Lohnstrukturen starr oder flexibel sind, hat erheblichen Einfluss auf die Art und Weise, in der Produktivitätsstörungen die Wirtschaft beeinträchtigen. Schwankungen der Arbeitslosenrate über Konjunkturzyklen hinweg beruhen zu einem großen Teil darauf, wie sich die Löhne an wirtschaftliche Gegebenheiten anpassen. Dies hängt wiederum von der Struktur von Arbeitsmarktinstitutionen, insbesondere den Lohnverhandlungs-

mechanismen, ab. Organisiert von *Pierre Cahuc* (CREST-Ecole Polytechnique, Paris und IZA-Programmdirektor) und *Konstantinos Tatsiramos* (University of Nottingham und stellvertretender IZA-Programmdirektor), fand zu dieser Thematik im Juni 2014 ein Experten-Workshop in Bonn statt.

Wie passen Unternehmen ihre Löhne an den Konjunkturzyklus an? Dieser Frage

ging *Mario Centeno* (Banco de Portugal und IZA) am Beispiel von Arbeitskräftefluktuationen und Lohnrigidität in Portugal nach. Die jüngste, Portugal besonders heftig treffende Wirtschaftskrise hat dort zu einem drastischen Rückgang von Neueinstellungen und zu deutlichen Lohn-einbußen für die Beschäftigten geführt. Centeno führte dies auf die hohe Lohnflexibilität in den portugiesischen Unterneh-

men zurück und studierte diesbezügliche Unterschiede zwischen Firmen mit hohen und geringeren Anforderungen an die Mitarbeiterqualifikation. Anhand von ähnlichen Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Daten für die USA dokumentierte *André Kurmann* (Drexel University), dass amerikanische Firmen im Krisenverlauf eine Reduzierung der Arbeitskosten durch Kürzungen der wöchentlichen Arbeitszeit anstelle des Stundenlohns erreichten. Rund ein Viertel der US-Arbeitnehmer sei davon betroffen gewesen. *Gregory Verdugo* (Banque de France und IZA) untersuchte die Reaktion von Reallöhnen auf den Konjunkturzyklus in ausgewählten Euro-Staaten vor und während der Wirtschaftskrise. Seine Analysen bestätigten, dass es während der Rezession in den Ländern, die am härtesten von der Krise getroffen wurden, zu einem signifikanten Rückgang der durchschnittlichen Löhne kam.

Der zweite Teil des Workshops befasste sich mit der – krisenbedingten – Anpassung von Einstiegsgehältern gegenüber denen der fortlaufend beschäftigten Mitarbeiter. Ob Lohnrigidität den Spielraum der Unternehmen bei Neueinstellungen beschränkt oder nicht, hat naturgemäß große Bedeutung für deren Einstellungsbereitschaft. *Heiko Stüber* (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung/IAB, Nürnberg) konzentrierte sich in seiner Studie auf die Schwankungen der

Reallöhne von neu eingestellten Arbeitskräften in Deutschland und belegte, dass die Einstiegsgehälter keineswegs als starr anzusehen sind, sondern beachtlich auf Konjunkturschwankungen reagieren. Basierend auf US-Daten veranschaulichte auch *Antonella Trigari* (Bocconi University), dass die Löhne neu eingestellter Mitarbeiter konjunkturab-



hängig sind, wobei es keinen Unterschied macht, ob die neuen Mitarbeiter aus der Arbeitslosigkeit oder von anderen Unternehmen kommen. Dies deutet darauf hin, dass die Matching-Qualität – also die Passgenauigkeit neuer Mitarbeiter – beim Arbeitgeberwechsel ebenfalls zyklisch schwankt.

Der dritte thematische Schwerpunkt des Workshops beschäftigte sich mit den ökonomischen Folgen der Ausweitung kollektiver Tarifvereinbarungen. Sie können den Wettbewerb potenziell verzerren, indem sie beispielsweise sektorspezifische Mindestlöhne und andere Standards durchsetzen, die nicht für alle Unternehmen gleichermaßen angemessen und verkraftbar sind. Die Auswirkungen solcher Allgemeinverbindlicherklärungen untersuchte *Pedro Martins* (Queen

Mary, University of London und IZA) am Beispiel Portugals. Seine Analysen verdeutlichen, dass die Zunahme kollektiv geltender Tarifbestimmungen zu einem Rückgang der formalen Beschäftigung und der Lohnsummen im jeweils betroffenen Sektor geführt hat. Neueinstellungen wurden vermehrt nicht vorgenommen, die Zahl der Firmenschließungen nahm zu, während zugleich informelle Tätigkeiten und Schwarzarbeit an Stellenwert gewannen.

Ernesto Villanueva (Banco de Espana) ergänzte diesen Befund durch Analysen der Situation in Spanien, wo ebenfalls die Bedeutung kollektiver Tarifvereinbarungen

über die Jahre kontinuierlich zugenommen hat. Während dort vor dem Beginn der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 Tarifvereinbarungen zugunsten vergleichsweise hoher Lohnzuwächse getroffen wurden, einige man sich nach Einsetzen der Krise in anstehenden Tarifverhandlungen angesichts rasant steigender Arbeitslosigkeit auf ein geringeres Lohnwachstum. Infolge dessen waren offenbar die zunächst mit Lohnvorteilen ausgestatteten Beschäftigten häufiger von Entlassung und Arbeitslosigkeit betroffen als diejenigen, die in den Geltungsbereich der neueren Tarifvereinbarungen fielen. Dieser Zusammenhang veranschaulicht die potenziellen negativen Folgen von Lohnrigidität in Rezessionszeiten.

► www.iza.org/link/wagerigidities2014

Diaspora-Gesellschaften in Europa und den USA

IZA/RAND-Workshop

Im Auftrag der Europäischen Kommission hat das IZA gemeinsam mit RAND Europe ein Forschungsprojekt zur Analyse von religiösen und ethnischen Diaspora-Gesellschaften in den Staaten der Europäischen Union und den USA durchgeführt. Forschungsgegenstand waren sowohl Integrationserfolge und -defizite im Aufenthaltsland als auch die Auswirkungen weiter bestehender Netzwerkbeziehungen zu den Herkunftsländern. Anlässlich der Übergabe eines umfangreichen Forschungsberichts an die EU-Kommission fand am 3. Juni in Brüssel ein Experten-Workshop zum Thema statt. Die von IZA-Forschungsdirektor *Corrado Giuliatti* und *Jirka Taylor* (RAND Europe) organisierte Veranstaltung bot Wissenschaftlern, Praktikern und Politikvertretern ein Forum zur Diskussion von Handlungsmöglichkeiten

zur Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation von Diasporagruppen.

Im Verlauf einer ersten Diskussionsrunde verwies *Michel Beine* (University of Luxembourg) auf den beachtlichen Magneteffekt existierender Diaspora-Gesellschaften auf die weitere Zuwanderung von Gruppenmitgliedern, was bessere Kenntnisse über die Diasporas, ihre Vernetzung und ökonomische Bedeutung erfordere. Auch *Jackie Wahba* (University of Southampton und IZA) unterstrich die ökonomische Relevanz von Diasporas insbesondere im Hinblick auf die im Herkunftsland verbliebenen Netzwerkangehörigen. Soziale Netzwerke wirkten hier besonders stark. Am Beispiel der mexikanischen Diaspora in den USA veranschaulichte *Michael Rendall* (RAND und University of Maryland) die Problematik einer im Falle

von Diaspora-Gesellschaften oft zu beobachtenden Negativselektion hinsichtlich des Bildungsstandes der Migranten.

Martin Kahanec (Central European University und IZA) präsentierte aktuelle For-



Jirka Taylor und Corrado Giuliatti

schungsergebnisse zu Diasporatrends bei osteuropäischen Binnenmigranten innerhalb der EU, die mit einem hohen Risiko der Vergeudung von Humankapitalressourcen verbunden seien, da hier vielfach auch gut qualifizierte Migranten nur weit unterhalb ihres eigentlichen Bildungsniveaus Beschäftigung fänden. Angesichts des wachsenden Fachkräftemangels stelle dies die europäische Integrationspolitik vor eine große Herausforderung. IZA-Programmdirektorin *Amelie Constant* (George Washington University und Temple University) umriss die Schwierigkeiten einer angemessenen Diaspora-Definition, ihrer räumlichen Zuordnung und der Bewertung ihres kulturellen und ökonomischen Einflusses auf das Herkunftsland. Ergänzend informierte *Theodora Xenogiani* (OECD und IZA) über die Bemühungen der OECD zum Aufbau einer umfassenden Datenbank (DIOC – Database on Immigrants in OECD Countries), die durch die Bündelung und statistische Harmonisierung von Länderdaten auch der Diaspora-Forschung neue Möglichkeiten verschaffen werde. *Elaine McGregor* (Maastricht Graduate School of Governance und UNU-MERIT) erläuterte den Einfluss von elektronischem Informationsfluss und sozialen Medien auf das Wanderungsverhalten, den organisierten Menschenhandel und die Entstehung von Diaspora-Gesellschaften.

Eine zweite Diskussionsrunde war den Politikimplikationen von Diaspora-Trends gewidmet. *Sara Gallagher* (International Diaspora Engagement Alliance), *Stephen Deul* (African Diaspora Policy Center), *Elizabeth Collett* (Migration Policy Institute) und *Stephanie Deubler* (Centre for International Migration and Development/CIM) stellten Integrationsinitiativen vor und diskutierten Möglichkeiten zur besseren Vorbereitung und Evaluation

von Politikprogrammen durch intensiveren Austausch mit der Wissenschaft.

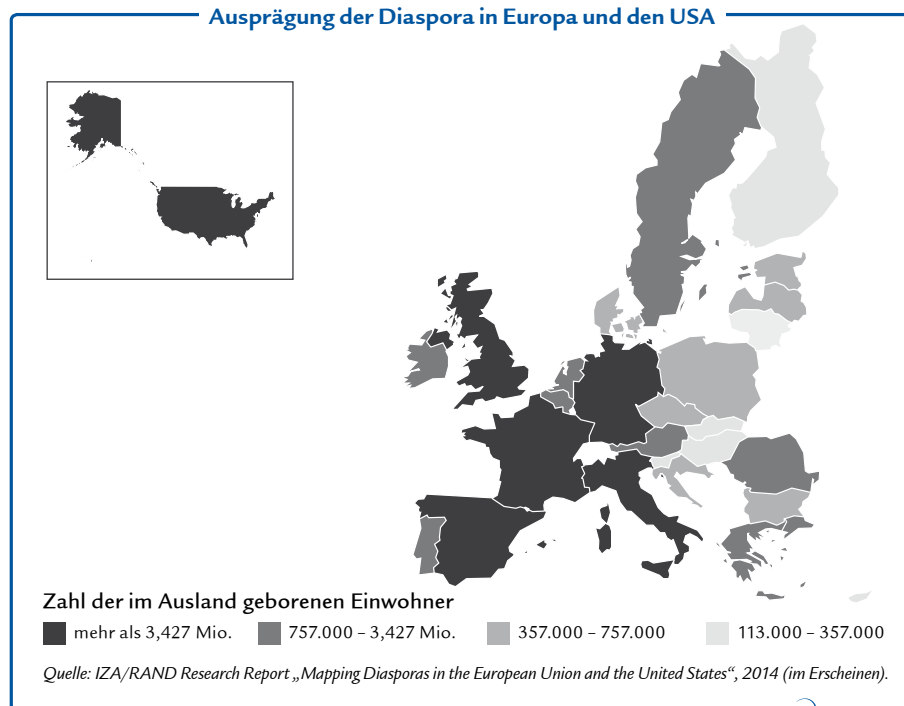
Im Anschluss nahm *Marie-Ange Balbinot* (Head of Sector, DG Home Affairs) das Gutachten von IZA und RAND Europe stellvertretend für die EU-Kommission entgegen. Sie verwies auf die bislang großen Wissenslücken hinsichtlich der sozialen und ökonomischen Situation von Diasporas in Europa, die mit dem Forschungsprojekt nun in einem ersten Schritt verringert würden. *Jennifer Rubin* (RAND Europe) unterstrich die ständig wachsende Dimension von Diasporas in der EU und den USA. Dies bringe Probleme mit sich, könne aber auch dazu beitragen, die Beziehungen zwischen Herkunfts- und Zielländern kulturell und wirtschaftlich zu intensivieren. Corrado Giulietti präsentier-

te die im Rahmen der Studie verwendeten Forschungsmethoden zur regionalen Identifizierung von Diasporagruppen und deren Charakteristika.

Chris Giacomantonio (RAND Europe) lieferte einen Überblick bestehender Politikmaßnahmen zur Förderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe von Diaspora-Gruppen und stellte die Ergebnisse einer für das Gutachten durchgeführten Expertenbefragung vor. Jirka Taylor erläuterte abschließend die von der IZA/RAND-Forschungsgruppe erarbeiteten Politikempfehlungen. Das vollständige Gutachten wird in Kürze auch als IZA Research Report kostenlos erhältlich sein.

► www.iza.org/link/iza_rand_2014

Ausprägung der Diaspora in Europa und den USA



Chinesische Arbeitsmarktentwicklungen

6. IZA/CIER-Workshop

Die starken Veränderungen der städtischen und ländlichen Arbeitsmärkte in China sind ein vom IZA und seinen Partnern intensiv bearbeitetes Forschungsgebiet. In Kooperation mit dem Center for Employment in China (CIER) führte das IZA vom 17. bis 19. Juli 2014 den bereits sechsten gemeinsamen Workshop zu dieser Thematik durch. Die Veranstaltung wurde von *Corrado Giulietti* (IZA), *Klaus F. Zimmermann* (IZA und Universität Bonn), *Zhong Zhao* (Renmin University of China und IZA), sowie *Xiangquan Zeng* (Renmin University of China und IZA) organisiert. Das Themenspektrum reichte von Mindestlohn,

Schwarzarbeit und Land-Stadt-Migration bis hin zu den Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf Wirtschaft und Gesellschaft Chinas.

Dem Verhältnis zwischen Mindestlohn und Beschäftigung widmeten sich die beiden Studien von *Tony Fang* (Monash University und IZA) und *Yi Huang* (Graduate Institute, Genf). In China steht die Einführung eines Mindestlohns aktuell, ähnlich wie in Deutschland, im Mittelpunkt der politischen Debatte. Ausgehend von Daten auf Ebene chinesischer Bezirke, stellte Fang beachtliche negative Auswirkungen des Mindestlohns auf die lokale

Beschäftigung fest, die je nach beobachteter Gruppe (z.B. Frauen, Geringqualifizierte) unterschiedlich stark ausfallen. Ergänzend wies Huang nach, dass eine Erhöhung des Mindestlohns in Unternehmen mit niedrigen Löhnen zum Beschäftigungsabbau führt. Andererseits sei es in Firmen mit höheren Durchschnittslöhnen infolge solcher Gesetzesänderungen zu einem Anstieg der Beschäftigung gekommen.

Zwei Studien beschäftigten sich mit Migration und der voranschreitenden Land-Stadt-Flucht in China. *Sylvie Démurger* (CNRS, GATE

und IZA) untersuchte, inwiefern sich beruflich bedingte Wanderungsentscheidungen auf die Lebenszufriedenheit der Migranten auswirkt. Angesichts der verbreiteten Benachteiligung von wandernden Familien durch institutionelle Beschränkungen hinsichtlich des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen und Sozialtransfers in urbanen Räumen, bleiben Kinder oftmals in der Herkunftsregion zurück, was naturgemäß die Lebenszufriedenheit von Migranten drastisch herabsetzt. Umgekehrt, so Démurger, könne eine Abschaffung von familienfeindlichen Verhaltensanreizen dazu führen, dass mit der individuellen Zufriedenheit auch die ökonomische Leistungsfähigkeit zunehme. Die gravierende Bildungslücke zwischen Schülerinnen und Schülern in den Städten und auf dem Land analysierte *Guochang Zhao* (Southwest University of Finance and Economics, Chengdu). Die Ursachen für das Bildungsgefälle sind seinen Untersuchungen zufolge komplexer Natur. Der elterliche Hintergrund und die Höhe der öffentlichen Ausgaben, die lokal für Bildung aufgewandt werden, seien dabei die beiden wichtigsten Faktoren. Dieses Ergebnis legt nahe, dass Maßnahmen zur Reduzierung des Bildungsrückstands im ländlichen Raum sowohl auf Ebene der Haushalte als auch der Dorfgemeinschaft ansetzen sollten.

Die Arbeiten von *Rachel Connelly* (Bowdoin College und IZA) und *Björn Gustafsson* (University of Gothenburg und IZA) behandelten Fragen der Auswirkungen von Ethnizität auf das Arbeitsmarktgeschehen. Wie in anderen Schwellenländern ebenfalls, führt auch in China die mangelnde soziale Absicherung in der Regel zu einer höheren Erwerbsbeteiligung, auch bei Älteren. Dabei ist auffällig, dass Angehörige einer ethnischen Minderheit mit höherer Wahrscheinlichkeit zur Erwerbsbevölkerung gehören als Mitglieder der ethnischen Mehrheit der Han. Connelly betrachtete die Erwerbsbeteiligung einer Stichprobe von 50- bis 74-Jährigen mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund und bestätigte den bekannten Befund einer geringeren Arbeitsmarktpartizipation von Minderheiten. Hinsichtlich des Einkommensniveaus ist allerdings kein eindeutiger Vorteil der Han

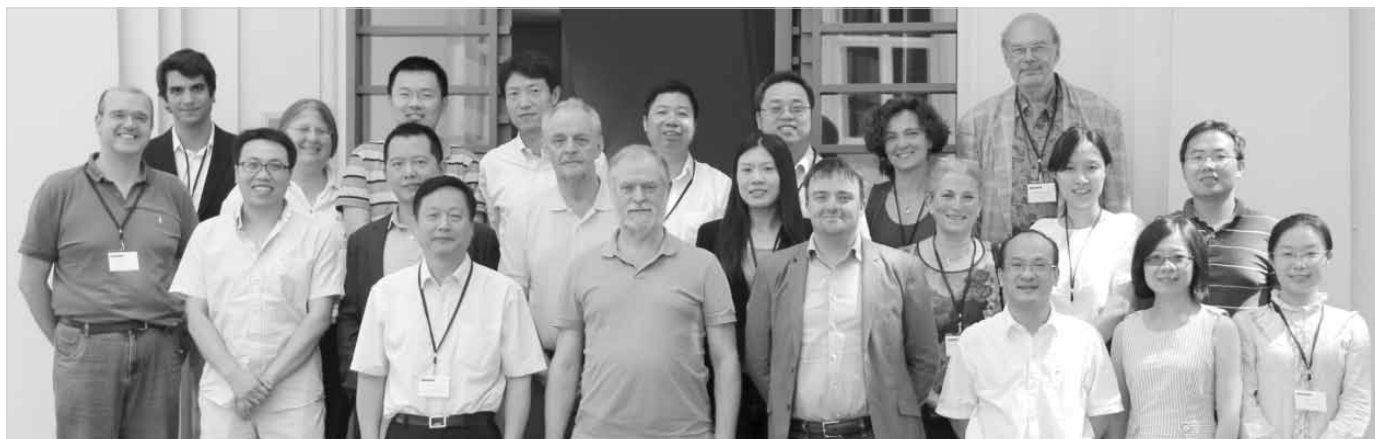
erkennbar, wie Gustafsson zeigen konnte. Zwar geben in Befragungen viele Minderheitengruppen an, über geringere Löhne als die Mehrheitsgesellschaft zu verfügen, tatsächlich jedoch lasse sich auch das genaue Gegenteil empirisch feststellen.

Die Wechselwirkungen von Gesundheit und Konsumverhalten erörterte *Kai Liu* (Norwegian School of Economics und IZA). Die schrittweise, regional nicht zeitgleich Einführung einer universellen Krankenversicherung für den ländlichen Raum in China in den Jahren 2003-2008 zog er als „natürliches Experiment“ heran, um unterschiedliche Verhaltensreaktionen auf Haushaltsebene zu identifizieren. So seien vor allem private Haushalte mit vergleichsweise geringem Einkommen seitdem besser in der Lage und eher bereit, Investitionen in die Bildung ihrer Kinder aufrecht zu erhalten oder zu verstärken. Zugleich sei aufgrund dessen der Umfang von Kinderarbeit zurückgegangen. *Liqiu Zhao* (Renmin University of China) analysierte, inwieweit die Einführung der Krankenversicherung zu einem Rückgang der Geldsendungen von in urbane Regionen Chinas gezogenen Migranten an ihre Familien geführt habe. Offenbar hat der neue staatliche Versicherungsschutz nicht etwa den Konsum von Stadtmigranten, sondern vielmehr ihre Geldtransfers in die Herkunftsregion stimuliert. Dieser zunächst überraschende Befund geht Zhao zufolge darauf zurück, dass die Attraktivität einer zeitnahen Rückkehrmigration mit der Existenz der Versicherung zugenommen habe und frühzeitige Geldsendungen diese vorbereiten und die soziale Akzeptanz der Rückkehrer vor Ort gewährleisten sollen. Tatsächlich habe sich die Land-Stadt-Flucht seit Einführung der Gesundheitsreform für den ländlichen Raum etwas verringert, während die Rückkehrmigration zugenommen habe.

Informelle Arbeitsformen haben in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern traditionell einen vergleichsweise hohen Stellenwert. Basierend auf dem IZA-Datensatz zur Land-Stadt-Migration in China (RUMiC) untersuchte *Xiaoman Li* (Capital University of Economics and Business, Beijing), ob die Ent-

scheidung im informellen Sektor zu arbeiten (zumeist als selbstständige Kleinunternehmer) tatsächlich auf freier Wahl beruht oder das Ergebnis von bestehenden institutionellen Hindernissen ist, die den Zugang zum formellen Sektor in China be- oder verhindern. Letzteres ist offenbar in sehr starkem Maße für Frauen der Fall, die häufig keine anderen Möglichkeiten zur eigenen Erwerbsarbeit vorfinden, wohingegen sich Männer eher bewusst für den etwaigen Schritt in die Informalität entscheiden. *Hartmut Lehmann* (University of Bologna und IZA) verwies in diesem Zusammenhang auf Forschungsergebnisse zum informellen Sektor in der Ukraine, die den zentralen Einfluss individueller Risikobereitschaft auf die Entscheidung (von Männern) zugunsten informeller Arbeit belegen.

Dennis T. Yang (University of Virginia und IZA), *Massimiliano Tani* (IZA) und *Xiangbo Liu* (Renmin University of China) stellten ihre Arbeiten zur sozialen Ungleichheit in China vor. Yang erforschte den Einfluss ausländischer Direktinvestitionen auf die Entwicklung von Lohnungleichheiten. In dem Maße, wie diese Investitionen das Exportwachstum steigern, sorgen sie, so das Ergebnis der Studie, für Lohnvorteile von Beschäftigten mit höherem Qualifikationsniveau in China. Etwaige staatliche Eingriffe zulasten privaten Unternehmenseigentums bergen demnach das hohe Risiko einer geringeren Nachfrage nach hochqualifizierten chinesischen Arbeitskräften im Inland. Tani analysierte, welche ökonomischen Folgen staatliche Zwangsentlegungen und dadurch bedingte Wohnortwechsel nach sich ziehen. Seine Untersuchungen illustrieren, dass entgegen der zunächst nahe liegenden Vermutung ausschließlich ungünstiger Effekte auch positive Folgen auftreten können, etwa dann, wenn als „Entschädigung“ für die Enteignung anderorts eine – zuvor nicht gegebene – permanente Aufenthaltsgenehmigung mit vollständigem Zugang zu Bildungsangeboten und sozialen Dienstleistungen erteilt wurde. Ungeachtet des Willkürakts der Enteignung und seiner sozialen und psychologischen Folgen kann auf diese Weise ein Vorteil hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung und



Beschäftigungssituation eintreten, der in der Analyse der Gesamteffekte von organisierten Enteignungen zu berücksichtigen ist. Liu zeige auf, wie die chinesische Bildungspolitik Schullaufbahnen, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit beeinflusst. Stipendien und staatliche Subventionen sorgen demnach für gesteigerte Investitionen in eine univer-

sitäre Bildung und führen zu geringeren Arbeitslosenquoten unter den Absolventen.

Zum Abschluss des Workshops berichteten Zhong Zhao und Corrado Giuliatti über jüngste Fortschritte im Aufbau von Datensätzen zu den chinesischen Arbeitsmärkten. Zhao informierte über den „China Matched

Employer-Employee Longitudinal Survey“, der von der Renmin University of China aufgebaut wird. Giuliatti umriss die Besonderheiten des RUMiC-Datensatzes (Rural-to-Urban Migration in China), der bislang zwei umfassende Befragungswellen auswertet.

► www.iza.org/conference_files/CIER2014

Von den Besten lernen

17. IZA Summer School zur Arbeitsökonomie

Bereits zum 17. Mal veranstaltete das IZA vom 12. bis 18. Mai 2014 seine europäische Summer School für Doktorandinnen und Doktoranden des Fachgebiets Arbeitsökonomie im Konferenzzentrum der Deutschen

Post in Buch am Ammersee. Insgesamt 36 Promovierende mit 17 verschiedenen Nationalitäten und einem Frauenanteil von über 50 Prozent nahmen an der Summer School teil, präsentierten die eigenen Forschungsarbeiten und nutzten die vielfältigen Möglichkeiten sowohl zur Information über aktuelle Fragen und Methoden des Faches als auch zum intensiven Diskurs mit etablierten Forschern. Das Programm der Veranstaltung wurde von den IZA-Wissenschaftlern *Karina Doorley* und *Steffen Altmann* zusammengestellt.

Für die Lehrveranstaltungen der Summer School 2014 konnten *Mirjam van Praag* (Copenhagen Business School und IZA) und

IZA-Preisträger *Richard Blundell* (University College London) gewonnen werden. Van Praags Präsentation beschäftigte sich mit Unternehmertum und Humankapital. Dabei erörterte sie die Frage, welches Profil diejeni-



gen auszeichnet, die sich für den Weg in die Selbstständigkeit entscheiden, welche Faktoren ihren unternehmerischen Erfolg bedingen, und ob Wirtschaftspolitik zur Förderung unternehmerischer Aktivität beitragen kann. Blundell präsentierte den Teilnehmern jüngste methodische Entwicklungen in der Analyse des Arbeitskräfteangebots. Dazu gehörten auch neue Ansätze zur Erforschung

des Arbeitsangebots von Familien und im Lebensverlauf sowie zum Zusammenhang zwischen individuellen Humankapitalinvestitionen und Arbeitsangebotsentscheidungen. Ebenso erörterte Blundell Methoden

zur Analyse des Einflusses von Steuer- und Transfersystemen auf das Arbeitsmarktverhalten von Individuen. Als Repräsentant des wissenschaftlichen Beirats der IZA Summer School stellte *Uwe Sunde* (Universität München) den Teilnehmern das weite Spektrum von Aktivitäten der European Association of Labour Economists (EALE) vor.

Zum Abschluss einer intensiven Summer School erarbeitete *Mark Fallak* (IZA Corporate Communications) mit den Doktorandinnen und Doktoranden in einem Vortrag mit anschließendem Praxisworkshop effektive Methoden zur Vermittlung von Forschungsergebnissen in Medien und Öffentlichkeit.

Forschungspreis der Yegor-Gaidar-Stiftung für Alexander Muravyev

Alexander Muravyev, Wirtschaftsprofessor an der St. Petersburg State University und stellvertretender IZA-Programmdirektor für Arbeitsmärkte in Transformations- und Schwellenländern, ist mit dem renommierten Forschungspreis der Yegor-Gaidar-Stiftung ausgezeichnet worden. Der seit 2012 jährlich im Andenken an den russischen Ökonomen und Premier Yegor Gaidar ausgelobte Preis für herausragende Wirtschaftswissenschaftler unter 40 Jahren ist etwa vergleichbar mit dem Gossen-Preis des Vereins für Socialpolitik. Muravyevs preisgekrönte Arbeit zum Anlegerschutz in Schwellenländern (Titel: „Investor Protection and the Value of Shares: Evidence from Statutory Rules Governing Va-

riations of Shareholders' Class Rights in an Emerging Market“) erschien 2013 in der internationalen Fachzeitschrift *Journal of Law, Economics and Organization*.

Als einer der führenden russischen Arbeitsökonomien ist Alexander Muravyev ausgewiesener Experte zu Grundsätzen der Unternehmensführung, die für die Analyse der Transformationsprozesse auf den osteuropäischen Arbeitsmärkten von besonderer Bedeutung sind. Ein geplantes IZA-Forschungsprojekt zur Lohn- und Beschäftigungspolitik in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion wird sich insbesondere auch mit dem Thema „Corporate Governance“ beschäftigen.



Alexander Muravyev

Martin Kahanec: „EU muss Integration der Roma und Sinti fördern“



Martin Kahanec

Im Gespräch mit IZA Compact beantworten Mitglieder des weltweiten IZA-Netzwerks Fragen zu ihrer wissenschaftlichen Laufbahn und ihrer aktuellen Forschungstätigkeit für das IZA. In dieser Ausgabe gibt Martin Kahanec (Professor an der Central European University in Budapest, Gründer und wissenschaftlicher Leiter des Central European Labour Studies Institute/ CELSI in Bratislava) Einblicke in seine Arbeit.

Am IZA ist er als stellvertretender Programm- direktor für den Forschungsschwerpunkt Migration tätig. Als Visiting Research Fellow wirkt er derzeit auch am „Labor and Worklife“-Projekt der Harvard University mit.

► www.iza.org/home/kahanec

IZA Compact: Was hat Sie dazu bewogen, Arbeitsökonom zu werden?

Martin Kahanec: Während meines Studiums hatte ich das Thema Arbeitsmarkt noch gar nicht so auf dem Schirm. In meiner Masterarbeit ging es um Finanzinstitutionen, in meiner Promotion um Wachstumsmodelle. Irgendwann habe ich dann aber festgestellt, dass mich die soziale Benachteiligung von Minderheiten besonders interessiert. Meine Modelle ließen sich auch auf die Analyse der Arbeitsmarktteilhabe dieser Gruppen anwenden. Dann kam die Empirie hinzu – und aus mir wurde ein Arbeitsmarktforscher.

Wodurch wurde Ihr Interesse an der Migrationsforschung geweckt?

Es begann damit, dass ich die Schwierigkeiten der Sinti und Roma auf den europäischen Arbeitsmärkten als besonders drückendes Problem wahrnahm und die Hintergründe besser verstehen wollte. Auch Migranten leiden häufig unter institutionellen Barrieren, die ihre Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt erschweren. Dazu habe ich dann recht intensiv geforscht. Und ich war „fasziniert“ von dem grotesken Unterschied zwischen dem öffentlichen Diskurs zu diesem Thema und der empirischen Faktenlage. Die aufgeheizte Debatte um die EU-Osterweiterung und die Arbeitnehmerfreizügigkeit motivierte mich noch stärker. Gesellschaft und Politik wissen nach wie vor zu wenig über die Integrationsleistungen und -schwierigkeiten von ethnischen Minderheiten.

Sind Sie optimistisch, was die Zukunft der europäischen Integration angeht?

Die EU muss sich auf ihre Wurzeln besinnen und ihre fundamentalen Ziele und Werte wieder in den Mittelpunkt stellen. Es gibt doch gar keine Alternative zu einer weiteren europäischen Integration. Wenn man sich die jüngsten wirtschaftlichen Turbulenzen, die Eurokrise, die Ereignisse in der Ukraine und auch die Verschiebung der globalen politischen und wirtschaftlichen Pole vor Augen führt, dann ist die europäische Integration wichtiger denn je. Auch der wachsende weltweite Wettbewerb um die klügsten Köpfe ruft geradezu nach einer gemeinsamen europäischen Agenda für mehr Arbeitskräftemobilität in Europa und Zuwanderung von außen. Mehr europäische Integration und Koordination sind wichtig, wobei allerdings die Prinzipien von Subsidiarität, Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht nicht verwässert werden dürfen.

Die Sinti und Roma in Europa haben mit besonderen Integrationsschwierigkeiten zu kämpfen. Woran liegt das?

Roma und Sinti sind eine große, heterogene ethnische Gruppe, die sehr weitläufig über Ländergrenzen hinweg über ganz Europa verteilt ist. Als Ursache für die teils großen Integrationsprobleme sehe ich eine dreifache Negativspirale: Sozio-ökonomische Benachteiligungen verstärken sich gegenseitig. Dies führt zu einer abwertenden Haltung der Mehrheitsbevölkerung, die wiederum in politischer Untätigkeit oder falschen Maßnahmen resultiert. Als Folge von Diskriminierung und Bildungsdefiziten erreicht die Beschäftigungsquote von Sinti und Roma in den meisten Staaten noch nicht einmal die Hälfte des EU-Durchschnitts.

Sind sich Politik und Gesellschaft des Problems ausreichend bewusst?

Eher nicht. Ich bin der Meinung, dass die Integration der Sinti und Roma nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit darstellt. Leider gibt es hier zwar Bemühungen, etwa seitens der Europäischen Kommission, aber kaum Fortschritte. Den Hauptgrund sehe ich in der fehlenden politischen Entschlossenheit, diese Aufgabe auf nationaler und regionaler Ebene systematisch anzugehen.

Wie sollten politische Interventionen aussehen?

Integrationsprogramme müssen auf die aktive Mitwirkung der Teilnehmer setzen und dürfen die ethnischen Gruppen nicht weiter trennen oder stigmatisieren. Die Teilnahme sollte in jedem Fall freiwillig erfolgen, so dass die Initiative positiv angenommen werden kann. Entscheidend für den Erfolg ist das langfristige, nachhaltige Engagement. Höchste Priorität sollten Maßnahmen haben, die räumliche oder soziale Abgrenzung verhindern. Dabei muss auch dem Risiko einer intergenerationalen Übertragung von Armut und Bildungsrückstand entgegen gewirkt werden. Ziel muss eine Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt sein.

Ihre Forschungsergebnisse haben Sie auch in einem IZA World of Labor-Artikel zusammengefasst. Was halten Sie von dieser neuen Initiative des IZA?

IZA World of Labor ist eine brillante Idee und ein nobles Unterfangen. Eine wichtige Aufgabe von Wissenschaftlern besteht darin, das entdeckte Wissen auch weiterzugeben und den Dialog mit allen Interessengruppen zu suchen. Führende Arbeitsökonominnen und -ökonominnen für wichtige Themen in einem klar strukturierten und verständlichen Format zu erläutern und ihre Empfehlungen für Politik und Wirtschaft leicht zugänglich zu machen – Hut ab vor diesem Projekt!

Sie sind selbst „Wanderarbeiter“ – mit aktuell vier akademischen Positionen in Budapest, Bratislava, Bonn und Boston. Wie schaffen Sie das?

Dadurch entstehen natürlich einige praktische Herausforderungen, die ich aber dank meiner Familie gut in den Griff kriege. Meine Frau ist auch Akademikerin und versteht den Lebensstil eines Wissenschaftlers sehr gut. Was mich antreibt, ist das Bestreben, zum besseren Verständnis von sozio-ökonomischen Herausforderungen beizutragen, damit Politiker informierte Entscheidungen treffen können. Auf dieser „Mission“ ergänzen sich meine Tätigkeiten in den vier „B-Städten“ bestens.

Forschung kurz und prägnant

Frauenquote in Norwegen: Keine Karrierevorteile für Frauen unterhalb der Führungsebene

Mehr Frauen in Führungspositionen bringen und die Einkommensnachteile gegenüber Männern abbauen – so lautete das erklärte Ziel der norwegischen Regierung, als sie 2003 eine Frauenquote für börsennotierte Unternehmen beschloss. Damals lag der Frauenanteil in den Verwaltungsräten bei kaum mehr als fünf Prozent. Seit 2008 müssen die Unternehmen ihre Führungsgremien zu mindestens 40 Prozent mit Frauen besetzen. Entsprechend groß war der Widerstand unter den Wirtschaftsbossen. Einige Unternehmen änderten gar ihre Rechtsform, um der Reform zu entgehen. Die übrigen verhielten sich quotenkonform und erhöhten den Frauenanteil entsprechend.

Was hat die Frauenquote gebracht? In einem aktuellen IZA-Forschungspapier ziehen die Ökonominen *Marianne Bertrand*, *Sandra Black*, *Sissel Jensen* und *Adriana Lleras-Muney* eine erste Bilanz der Reform. Zunächst stellen sie fest, dass sich die Sorge vieler Unternehmen, es mangle an hochqualifizierten Frauen für den Job, als unbegründet erwiesen hat. Das formale Qualifikationsniveau der weiblichen Mitglieder in den Verwaltungsräten



ist heute sogar höher als vor der Reform. Auch gingen die Einkommensunterschiede innerhalb dieser Gremien deutlich zurück.

Der Haken: Im Rest des Unternehmens änderte die Frauenquote praktisch gar nichts. Der Frauenanteil im mittleren Management blieb nahezu unverändert. Auch der Einkommensunterschied zwischen hochqualifizierten Männern und Frauen unterhalb der Führungsebene liegt nach wie vor bei rund 15 Prozent. Offenbar sorgt die Frauenquote also nicht wie erhofft dafür, dass der weibliche Führungsnachwuchs gezielt gefördert wird.

Die Autorinnen geben zwar zu bedenken, dass seit der Reform erst wenige Jahre vergangen sind. Allerdings sprechen ihre Untersuchungen unter Hochschulabsolventinnen nicht dafür, dass sich in absehbarer Zeit viel ändern wird: Weder strömen vermehrt Frauen in Business-Studiengänge, noch haben sich die Einstiegsgehälter der Absolventinnen denen ihrer männlichen Kollegen angepasst. Hier klafft je nach Studiengang noch immer eine Lücke von 22 bis 27 Prozent. Zwar erhofft sich ein Großteil der hochqualifizierten jungen Frauen Einkommens- und Karrierevorteile durch die Quote. Doch die wenigsten von ihnen haben vor, ihre Familienplanung zugunsten der Karriere zurückzustellen.

Das Fazit der Studie fällt dementsprechend gemischt aus: Einerseits hat die Quote ihren unmittelbaren Zweck erfüllt, die männlichen „Seilschaften“ an den Konzernspitzen zu durchbrechen und das vorhandene weibliche Potenzial für Top-Positionen besser auszuschöpfen. Andererseits ist der erhoffte „Trickle-down-Effekt“ auf die unteren Führungsebenen ausgeblieben. Insofern warnen die Ökonominen vor zu hohen Erwartungen an eine gesetzlich festgelegte Frauenquote.

- ▶ <http://ftp.iza.org/dp8266.pdf>
- ▶ wol.iza.org/articles/gender-quotas-on-boards-of-directors

Fremdsprachenunterricht beeinflusst EU-Migrationsströme

Trotz hoher Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa bleibt der Ansturm junger Menschen aus diesen Ländern auf die Arbeitsmärkte anderer EU-Staaten aus. Als Hauptgrund wird oft die Sprachbarriere genannt. Aber wie entscheidend ist es wirklich, dass man die Sprache des Gastlandes beherrscht? Dieser Frage sind *Ainhoa Aparicio Fenoll* und *Zoë Kuehn* in einem aktuellen IZA Discussion Paper nachgegangen.

Dazu analysierten sie, welche Fremdsprachen Migranten aus 29 europäischen Ländern ab welchem Alter erlernt hatten.



Das Ergebnis: War Fremdsprachenunterricht in der Schule verpflichtend, stieg die Wahrscheinlichkeit, in ein Land zu ziehen, in dem diese Sprache gesprochen wird, um das Fünffache.

Das beste Beispiel ist die englische Sprache, die Französisch in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Ländern Europas als erste Fremdsprache abgelöst hat – mit der Folge, dass jüngere Menschen, die in der Schule überwiegend Englisch lernten, im erwerbsfähigen Alter auch mit höherer Wahrscheinlichkeit ins englischsprachige Ausland zogen. Ältere, die noch Französisch als erste Fremdsprache in der Schule hatten, zogen hingegen eher nach Frankreich.

Die Autorinnen schlussfolgern daraus, dass sich die Arbeitsmobilität innerhalb der EU durch verbesserten Fremdsprachenunterricht steigern ließe. So könne es von Vorteil sein, bei der Entwicklung von Lehrplänen Migrations- und Arbeitsmarkttrends zu berücksichtigen – also etwa vermehrt die Sprachen von Ländern mit hohem Fachkräftemangel zu lehren. In jedem Fall sollten Bildungsreformen innerhalb der EU-Kohäsionspolitik eine gewichtigere Rolle spielen als bisher, fordern die Ökonominen.

- ▶ <http://ftp.iza.org/dp8250.pdf>

Besuchen Sie den IZA Newsroom!

Im IZA Newsroom finden Sie allgemeinverständliche Zusammenfassungen neuer Studien sowie Meinungsbeiträge von IZA-Wissenschaftlern zu aktuellen Arbeitsmarktfragen.

Neue Einträge (in Deutsch und Englisch) können Sie per E-Mail abonnieren – oder Sie folgen uns in den sozialen Medien.

- ▶ newsroom.iza.org

Evidenz ignorierende Familienpolitik

Kürzlich wurde in Deutschland das so genannte „Betreuungsgeld“ eingeführt. Seit dem 1. August 2014 beträgt diese staatliche Leistung monatlich 150 Euro. Sie wird Familien gewährt, die ihre Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr in Eigenverantwortung betreuen und keine öffentlichen Betreuungsangebote in Anspruch nehmen.

So weit, so gut. Oder eben nicht. Die Subvention soll zwar gut gemeinte Ziele verfolgen („als eine Anerkennungs- und Unterstützungsleistung, die Gestaltungsspielräume und Wahlfreiheit schafft“). Aber inzwischen sollte allen Beteiligten klar sein, dass die tatsächlichen Effekte den zugeschriebenen Wirkungen diametral widersprechen. „Gut gemeint“ ist in diesem Fall das Gegenteil von „gut gemacht.“ Dies zeigen sowohl die Befunde von Studien zu ähnlichen staatlichen Leistungen in skandinavischen Ländern als auch die bislang gesammelten Erfahrungen in einzelnen deutschen Bundesländern. Insbesondere die Resultate aus Norwegen und Thüringen wurden dabei in der Öffentlichkeit diskutiert – wohl nicht zuletzt aufgrund ihrer Sichtbarkeit und Reichweite als *IZA-Diskussionspapiere*. Inzwischen gibt es weitere Untersuchungen des Deutschen Jugendinstituts, die diese Bedenken noch unterstreichen.

Auch falsch gesetzte ökonomische Anreize wirken sehr wohl und lösen rationales Verhalten aus – das wird gerade am Beispiel des Betreuungsgeldes deutlich. Die Subvention macht öffentliche Betreuungsangebote unattraktiver, da die private Alternative bezuschusst. Insbesondere viele Frauen ziehen sich so aus der Erwerbstätigkeit zurück und betreuen ihre älteren Kinder jetzt einfach privat. Noch schlimmer: Gerade für Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt wie Geringqualifizierte, Alleinerziehende und Geringverdiener, deren Arbeitsangebot ohnehin unterdurchschnittlich ausfällt, ist die Inanspruchnahme besonders attraktiv. Und zu allem Überfluss sind ihre Kinder ausgerechnet diejeni-

gen, die von den staatlichen Angeboten der frühkindlichen Bildung oft am stärksten profitieren würden.

Warum wurde das Betreuungsgeld trotz dieser eindeutigen empirischen Faktenlage eingeführt? Dieses Vorgehen verdeutlicht, dass Familienpolitik in Deutschland weiterhin in erster Linie den Interessen einer Klientelpolitik dient, statt endlich gesellschaftspolitische Notwendigkeiten anzuerkennen: Kinder aus Problemgruppen brauchen frühzeitig Hilfe von außen, und die Frauenerwerbstätigkeit muss gestärkt statt geschwächt werden. Die umfassend vorhandene wissenschaftliche Evidenz wird fahrlässig, wenn nicht gar vorsätzlich ignoriert.

Dabei ist es an der Zeit, der Gesamtevaluation der Familienpolitik in Deutschland aus dem vergangenen Jahr endlich Taten folgen zu lassen. Nachdem zunächst drohte, dass die Evaluationsergebnisse ganz in den Schubladen der Ministerien verschwinden, lassen nun nach ihrer immerhin doch noch erfolgten Veröffentlichung die entsprechenden Konsequenzen auf sich warten. Evidenzbasierte Politik ist das leider nicht, und die Verschwendung von Steuergeldern dauert so weiter an. Die jährlichen deutschen Gesamtausgaben für ehe- und familienpolitische Leistungen betragen immerhin gut 200 Milliarden Euro, ohne dass daraus auf eine erfolgreiche Familienpolitik geschlossen werden könnte.

Wichtig ist die Erkenntnis, dass nicht der Abfluss von Geld oder die schlichte Durchführung von Maßnahmen schon den Erfolg belegt. Maßnahmen müssen eine Erfolgskontrolle durch die unabhängige Wissenschaft bestehen. Alles andere, und die ermüdende Debatte um das Betreuungsgeld ist hier nur ein Beispiel, muss als erheblicher Rückschritt im deutschen Politikstil bewertet werden.




Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Redaktion: Holger Hinte, Mark Fallak

Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn

Tel.: +49 (0) 228 - 38 94 222

Fax: +49 (0) 228 - 38 94 510

E-Mail | Internet: compact@iza.org | www.iza.org

Grafiken/Fotos: IZA

Druck: Güll GmbH, Lindau

Layout: Benedikt Kliche, Lars Meierwisch, Thomas Wasilewski

Das IZA ist ein unabhängiges, gemeinnütziges Forschungsinstitut und wird von der Deutschen Post-Stiftung gefördert.